

# Gewissen

100 Milliarden

Fünfter Jahrgang. — Nummer 47

Montag, den 26. November 1923

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler

## Zwischen Taktik und Strategie.

Das Kabinett Stresemann ist tot! Es war so gesund wie ein Fisch im Wasser — meinte sein Kanzler. Es ist vom Parlament erschlagen worden! Freilich nicht aus dem Hinterhalt. Furchtlos, wie er nun einmal ist, begab sich Dr. Stresemann in die Höhle der Löwen und wurde zerrissen. Das Kabinett stellte die Vertrauensfrage, obgleich Dr. Stresemann wusste, daß der Reichstag sie ihm glatt mit „Nein“ beantworten werde. Dr. Stresemann nennt diesen parlamentarischen Ausgang seiner Kanzlerherrlichkeit: „In offener Feldschlacht sterben“. Wir empfanden ihn nur als Selbstmord! Der nicht mal heroisch ist, es sei denn, daß man seine pädagogische Absicht: „in diesem Parlament!“ ernst nehmen sollte.

Das Kabinett Stresemann also war gesund. Eine Regierungskrise gab es nicht! Sagte Dr. Stresemann! Er starb an einer Parlamentskrise. Sagte er selbst.

Dr. Stresemann anaesthetisierte diese Krankheit als „Leberalterung“ — beileibe nicht des Systems, sondern des gegenwärtig noch lebenden, des in der lebenden Reichstags. Das wurde gesagt mit einem bösen Blick auf den Reichspräsidenten, der ihm die Vollmacht zur Auflösung des Reichstags verweigert hatte. Die Fraktionen, sagte Stresemann, seien nicht mehr der Ausdruck des Volkswillens. Sie fühlten das wohl selbst, denn sie seien unsicher und uneinheitlich geworden. Fast jede Fraktion hätte einen rechten, einen linken Flügel. Daher also die parlamentarische Krise dieses Reichstages. Nein, das System sei gut! Parteien müssen sein! Sie sind eine politische „Kraftquelle“! Die einzige oder doch die lautere, die stärkste! Unentbehrlich, jedenfalls. Meint Dr. Stresemann, indem er sich anseht und feinesgleichen.

War Dr. Stresemanns Regierung gesund? Nun, gesund scheint ihm jede Regierung zu sein, die sich in der Macht zu halten weiß. Wie wäre das Dr. Stresemann möglich gewesen? Durch die Auflösung des Reichstages? Aber die Vollmacht dazu wollte ihm der Reichspräsident nicht geben.

Der Präsident wollte und will sie Herrn Albert geben. Da empörten sich die Parteien und lehnten Herrn Albert und sein Beamtenkabinett als untragbar ab. Sie präsentierten Herrn von Kardorff, gegen den sich die Deutschnationalen erklärten. Nun, deren alte Ressentiments hätten Herrn von Kardorff wohl gleichgültig sein können, wenn ihm die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages zugleich mit dem Auftrag, ein Kabinett zu bilden, ausgereicht worden wäre. Herr von Kardorff gab also seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurück, der nun nochmals Herrn Albert nominierte.

Sehr merkwürdiger Vorgang! Den die nicht fragten Deutschnationalen erklären aus der Absicht des Reichspräsidenten, im Interesse seiner Partei einen Wahlkampf unter Führung einer deutschnationalen Regierung zu verhindern. Aber wird es denn überhaupt zur Wahl kommen, in 60 Tagen, wie es die Verfassung vorschreibt? Wo ist der Politiker, der ernsthaft glaubt, daß in gegenwärtiger Zeit noch einmal und unter dem alten weimarer Vereinswahlrecht gewählt werden kann? Wer jetzt die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages in der Tasche hat, der wird vom Reichstag, von Wahlen, von der weimarer Verfassung frei! Der kann regieren, wenn seine Regierung gesund ist!

Eine Regierung ist nämlich nicht dann schon gesund, wenn es ihr durch milde List oder gewaltsamen Staatsstreik gelingt, die Gegenkräfte auszuschalten oder an die Wand zu drücken. Dieser Erfolg kann die notwendige Voraussetzung sein, um das innere Recht einer wirklich gesunden Regierung durchzusetzen. Aber

### Aus dem Inhalt:

Zwischen Taktik und Strategie.

Der politische Mensch.

Von Moeller van den Bruck

Ausnahmezustand.

Von Dr. Heinz Brauweiler

Wissenschaft oder Parteipolitik?

Von Dr. h. c. Ernst Kriek

Zwischen den Kulturen.

Von E-ich Brock

Beilage: Die ständische Bewegung.

eine Regierung, wie die des Dr. Stresemann, der erklärte, daß auch er keinen Ausweg aus dem gegenwärtigen Stand sah, die ist nicht gesund! Und nur seine Schadenfreude war gesund, als er behauptete, daß keine Parteiregierung diesen Ausweg finden werde. Trotzdem lobte Dr. Stresemann das parlamentarische System und rühmte die Parteien — vielleicht um beides, System und Partei, in aller Stille ausschalten zu können durch die Auflösung des Reichstages, der ja so, wie ihn die Verfassung vorsieht, niemals wieder neu gewählt werden kann. Aber der Reichspräsident hatte keine Freude an Dr. Stresemann, außer in parlamentarischen System, und ebenso wenig an einem anderen Parteipolitiker: für den Weg aus dem parlamentarischen System heraus wählte er sich Herrn Dr. Albert.

Herr Dr. Albert ist farblos. Sein Kabinett wird noch blasser sein; gefärbt aus mittelparteilichen „Nestern“ aus Beamten. Das Ganze ein Symbol des sterbenden Staates. Wo ist der werdende Staat?

Der werdende Staat ist um die Diktatur des Generals von Seeckt, die sich behauptet! Diese Diktatur war militärisch errichtet. Sie wächst sich politisch aus. Seeckts erste Proklamationen bezeichneten schon die Ernährung als Sache der Diktatur, sie verstanden die Ordnung als Kampf gegen Not und Wucher. Und an dem kritischen Tag, als der parlamentarische Kanzler Dr. Stresemann schwankte, ob er die Diktatur preisgeben sollte, um seine Person durch das Parlament retten zu lassen, griff der Diktator politisch zu und verbot die radikalen Parteien von links und von rechts.

Wenn die Diktatur leben soll, dann muß der parlamentarisch-bürokratische Staat sterben. Die Diktatur wird nur Macht durch Transsubstantiation des staatlichen Apparates. Auf diesem Wege aber liegt quer: das Preußen der Herren Braun und Sebering.

Nachdem Stresemann gefallen und Herr Albert gekommen ist — oder wenn nicht er, so doch ein anderes Geschöpf der einzig übrig gebliebenen Mächte — ist unser politisches Schicksal beschlossen im Verhältnis des Generals von Seeckt zu dem Reichspräsidenten Ebert. Und dieses Verhältnis wiederum bestimmt sich durch die preussische Frage. Das ist eine Frage, in der der preussische General dem ehemaligen Sozialdemokraten keine Konzession machen darf.

Der General von Seeckt ist seiner Natur treu geblieben, er bewährt sich als Taktiker, der den Aufmarsch in großer Linie vorbereitet. Schritt für Schritt. Er nimmt sich sehr viel Zeit, zubielt vielleicht — und das nicht nur für unsere Ungeduld. Auch dieses Tempo ist ein Risiko.

Aber wo sind heut schon die Kräfte, mit denen er schlagen kann? Ist das alte Preußen bereits an der Front?

## Der politische Mensch.

Von Moeller van den Bruck.

I.

Zur Politik gehört ein Mann und eine Sache.

Aber es ist überaus selten, daß die beiden zusammenkommen. Im deutschen Volke hat es niemals an Männern gefehlt. Es fehlt auch heute nicht an ihnen. Und wenn es ein Volk auf der Erde gibt, das sich selbst zu seiner eigenen Sache geworden ist, zur Sache seiner Freiheit, seiner Rettung, seines Lebens schlichthin, dann ist es das deutsche Volk. Nur liegt darin noch nicht die geringste Gewähr, daß diese deutsche Sache jemals von uns gewonnen werden wird. Es gibt Völker, die ihren Untergang finden, indem sie ihrem Untergange zu entgegen suchen. Und eine Sache ist zu denken, eine beste Sache, die alle Umwartung hat, und die gleichwohl verloren wird, weil man sie immer nur parlando anfachte, wovon wir nicht weiter sprechen wollten, oder aber, und im Gegenzuge dazu, aktionslos verfielen, überstürzend und vorbeigehend, kopfüber und kopflos, wovon wir hier um so nachdrücklicher sprechen müssen. Die deutsche Sache ist eine politische Sache, die politisch gewonnen sein will.

Eben dies möchte ein Mann, welcher nur Mann ist, nicht lassen. Der Mann ist von Natur ein Verächter der Politik, wie er ein Verächter der Probleme ist, und übrigens auch ein Verächter des Geldes, der Wirtschaft und aller, wir geben dies zu, sehr eilen Dinge, die aber immerhin zu den Lebensnotwendigkeiten einer Nation gehören. Der Mann, der Typ des Mannes, den wir hier meinen, macht sich über diese Dinge keine Gedanken. In Befehl und Gehorsam ist sich ihm das Dasein in zwei einfache Grundfragen auf. Wenn er nur erst Macht über das Dasein errungen hat, hatte gefestete stabilisierte Macht, die keinen Gegner mehr aufkommen läßt, dann werden sich auf dieser Grundlage, so schlecht er, die Lebensbedingungen der Nation von selber erfüllen lassen. Aber auch über den Gegner macht er sich keine Gedanken, über den inneren politischen Gegner vielleicht, weil er ihn unmittelbar vor sich hat, aber über den außenpolitischen Feind schon gar nicht, der für ihn „nachher“ daran kommen sollte. Dieser Mann ist von seinem Leben gewohnt, eine Sache auf seinen Willen zu nehmen. Und wenn wir den Willenslosigkeit ringsum gedenken, an der Deutschland langsam verkornt, dann wirkt diese Männlichkeit allerdings wie eine Verheißung. Aber Wille ist nicht nur ein Impuls. Wille ist Strategie. Und es gibt nichts, was dem unpolitischen Menschen ferner läge, der, wenn er ein Mann ist, eher zum Landsknecht wird, als zum Staatsmanne.

So sehen wir denn, daß diese Männer überall vorstoßen, diese männlichsten Männer, ein Jeder in seinem Machtbereich, verquer und widereinander, wie dies deutsch ist. Sie erheben die Sache der Nation zur Sache ihrer Fahne. Es sind deutsche Menschen, leidenschaftlich und durchdrungen von unserem Schicksal. Aber gerade sie geben das Beispiel eines deutschen Lebens in Deutschland in dem nächsten Menschenalter. Aber immer sehen wir nur, daß sie bestätigen, wie sehr eine Sache vom Manne verfehlt wird, die nur vom Staatsmanne erfaßt werden kann.

## 15 Goldpfennige

Nachzahlung erbat wir von den Postbeziehern des „Gewissen“ für den Monat November. Wir wiederholen denjenigen Beziehern gegenüber diese Nachforderung, von denen die Ueberweisung noch nicht geschah, und bitten um Uebersendung des Betrages im Briefe oder auf das Postkontonto Berlin 86075 Ring-Verlag. Der Postbezug des „Gewissen“ für den Monat Dezember beträgt 30 Pfennige, der Streifenbezug im Inlande 50 Pfennige.

Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 171.

Dieser Ausgabe des „Gewissen“ liegt „Die ständische Bewegung“ Nr. 7 bei.

Mit dem Manne allein ist es nicht getan. Und mit der Sache allein ist es auch nicht getan. Politik ist: die beiden zusammen zu bringen. Wie ist der Staatsmann möglich?

## II.

Ein Mann ist Staatsmann niemals nur aus eigenem Genie.

In der Geschichte einer Nation arbeitet der eine immer dem anderen vor. Der Zusammenhang dieser Geschichte, der sich durch die Staatsmänner eines Landes als ein Zusammenhang seiner Politik fortsetzt, reicht weiter als das Leben des Einzelnen. Die politischen Menschen werden niemals in diesen Zusammenhang hineingeboren. Sie treten in einen Kreis von politischen Erfahrungen ein, die ihnen aus den Jahrhunderten zufallen. Sie finden diese Erfahrungen bereits vor, Erfahrungen mit Menschen, mit Völkern, mit politischen Problemen, und bringen eine politische Erbschaft mit, die sie bei deren Anwendung auf ihre Zeit und für die Lösung ihrer Aufgabe besonders befruchtigt. Politik wird zur Lieberlieferung. Es ist nicht so, daß sie die politische Begabung ersetzen kann, obwohl dies bei besonders politischen Nationen zu Zeiten der Fall ist, wenn der bedeutende Staatsmann ansieht, während immer noch ein beträchtlicher Erfolg sich einstellt. Aber es ist so, daß Lieberlieferung die Politik erleichtert, zu ihr schult, auf sie vorbereitet, und wir brauchen nur die Geschichte der politischen Völker daraufhin anzusehen, um zu erkennen, daß die sogenannten glücklichen Völker Lieberlieferungsmäßig geführt worden sind.

Ja, wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, daß das deutsche Volk eine derartige Lieberlieferung nicht besitzt und daß sich aus dieser Lieberlieferungslücke das Unfertige, das Wandelbare, das Zerfallene seiner Geschichte erklärt, und zuletzt sein Zusammenbruch. Wir besitzen eine derartige Lieberlieferung im Mittelalter, als unser Leben eine Einheit war und die in einer stetigen Kompromitt geschulten Paladine der Kaiser, die geistlichen wie die weltlichen, die Reichspolitik vertraten und von der einen Hand in die andere Hand weitergaben. Hernach haben die Hohenzollern in Brandenburg und Preußen eine stetige Hauspolitik als Staatspolitik durchgebildet, die der Vater an den Sohn weitergab und die bis Friedrich reichte. Aber dann, als die Dynastie sich mehr und mehr erschöpfte und die Herrscher sich nach Helfern im Lande und in den Ständen umsehen, folgte alsbald ein Bruch, und erfolgte gerade von der Seite her, an der dieser preussische Staat seine beste Lieberlieferung besaß: von der militärischen Seite her. Es war nur sachlich gemeint und sprach eine Selbstverständlichkeit der militärischen Disziplin aus, daß der Soldat sich nicht um Politik zu kümmern habe. Gneisenau, Scharnhorst, Clausewitz hatten immer politisch gedacht. Ihre Beistellung würde sich das Politische niemals haben verweigern lassen, aber im Verlaufe ihres Jahrhunderts konnte geschehen, daß genau so, wie darin alles Geistige mißverstanden worden ist, auch jene preussische Dogma vom unpolitischen Soldaten wortwörtlich genommen wurde und die Arme sich in der Tat und aus Grundfaß jenseits von allem Politischen hielt, lebte, arbeitete. Andererseits militariserte sich die Politik, mechanisierte sich und verschamisierte, wurde, unförmlich, indem sie bürokratisch wurde, war instinktiv und unlebendig, war ohne Psychologie, und bei aller Lieberlieferung, deren Vorbildern als Diplomaten gegenüber dem Soldaten fähig sind, war ihre letzte politische Weisheit stets das militärische Machtmittel. Dies alles strafte sich im Weltkrieg, als die Staatsmänner völlig versagten und als Feldherrn, die üblich vor politischen Aufgaben gestellt wurden, sie gewaltsam und gleichsam befehlsmäßig durch Organisation zu lösen unternahmen, und als sie, die unvorbereitet waren, sich in die für sie neuen und fremden Gebiete mit mächtiger Kopfarbeit einarbeiteten und doch überall die Seele der Dinge so verfehlten oder verletzten, daß wir dar-

über am Ende den Krieg verloren haben. Es strafte sich auf der ganzen Linie, daß wir in Deutschland keine politische Lieberlieferung besaßen, die vielleicht nicht vor Epigonentum bewahrt, die aber vor Dilettantismus bewahrt hätte. Es strafte sich, daß es den politischen Menschen nicht gab.

# Wochenchronik.

Marshall Hoeh dringt in der Vorkonferenz auf Lieberlieferung der „deutschen Mission“. — Mussolini nennt im Senat als die Basislinien der italienischen Politik: Herabsetzung der deutschen Schuld auf eine vernünftige Höhe, Räumung des Ruhrgebietes nach Erlangung derjenigen Garantien, welche die deutsche Regierung zu geben geneigt sei, und Rückkehr der in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, aber moralische und politische Unterstützung einer Regierung, welche die Ordnung im Reich wiederherstelle und das Land zur finanziellen Gesundung führe.

Das Reichskabinett beschließt, entgegen der ursprünglichen Absicht, hundert Millionen Rentenmark für die Fortführung der Reichszuschüsse an die besetzten Gebiete bereit zu stellen.

General von Serdt erläßt ein Rundschreiben an die Wehrkreiskommandanten, in dem er im Zusammenhang mit der Eintragung der Rentenmark auf die Wehrdienstkarte der Wehrverpflichtung verweist und von dem zu erwartenden Widerstand bei den zahlreichen Eintragungen spricht, die sich an den Wehrämtern bereichern haben.

Die deutsche Volkspartei spricht Stresemann ihr Vertrauen aus. — In Berlin wird das Gerücht einer amer. Mission in Deutschland verbreitet. — Das Washingtoner Büro als der Standpunkt der amerikanischen Regierung erklärt, daß Deutschland sich selber helfen solle, was es sich selber helfen könne. — Der österreichische Bundesrat spricht im Wiener Nationalrat die Hoffnung aus, daß Deutschland den österreichischen Weg gehen möge.

In den Erien des Siebengebirges kommt es zu schweren Kämpfen zwischen dem Selbstschutz der Einwohner und Banden von Sonderbündlern, die in erlittenerem Kleinkrieg mit schweren Verlusten zurückgeschlagen wurden. — Der Abgeordnete Hertz wünscht im Reichstage, daß die Leidenhaftigkeit in jeder Beziehung aus dem deutschen Volke herauskommen und Zudrangheit herrscht.

Die Vorkonferenz einigt sich nach siebenmaliger Vertagung dahin, daß die militärische Kontrolle in Deutschland unverzüglich wieder aufgenommen werden solle. In der entsprechenden Note wird der deutschen Regierung mitgeteilt, daß die alliierten Regierungen im Falle von Widerständen seitens deutscher Behörden oder deutscher Staatsbürger sich das Recht vorbehalten, diejenigen Magazene zu ergreifen, die ihnen geeignet erscheinen, die Ausführung des Vertrags von Versailles sicherzustellen. — Aus Washington wird gemeldet, daß Staatssekretär Hughes seinen Widerstand gegen den Antrag im Senat, von Frankreich die Rückzahlung seiner Kriegsschuld zu verlangen, aufgegeben hat.

Die Deutsch-Völkische und die Kommunistische Partei werden verboten. — Die Regierungsparteien bringen im Reichstage eine Vertrauensklärung für Stresemann ein. — Der dreizehnte Kanzler stirbt...

Nicht die feurigen, sondern die kalten Völker überwinden zuletzt und dauern am längsten aus. Jean Paul.

## Zwischen den Kulturen.

Von Erich Brod.  
Jüngst erschien ein Büchlein unter dem Titel: Briefe eines elsäss. Bauernburschen aus dem Weltkrieg, herausgegeben von Hans Karl Abel (Verlag der Deutschen Verlagsgesellschaft in Stuttgart). Man könnte einen Augenblick im Zweifel sein, verführt durch die verhältnismäßige Glätte der Diktion, ob diese Briefe echt sind, wird aber besonders durch verschiedene Sprachschwierigkeiten, wie sie sich nicht so leicht erfinden lassen, eines Besseren belehrt. Wer hier tiefe und neue Einsichten sucht, wird enttäuscht sein; ebenso wer starke nationaldeutsche Töne zu registrieren hofft. Die liebenswerte und menschlich fesselnde Persönlichkeit, die dem Leser da entgegentritt, legt in einem tieferen Sinn Zeugnis ab. Dieses ganze unpolitische, menschliche, rein heimatische Deutschland war und ist für das ganze Elsaß überaus bezeichnend, ein Erbe der ärmlichen, großenteils unorganischen Auserkennung der eigentlichen politischen Kreise. Angesichts der entmutigenden geistigen Demoralisierung und Stillschließung der ausdrucksfähigen Schichten ist es gut, von jener im Boden noch lebenden Wurzel hin und wieder ein Zeichen zu erhalten. Sie konnte niemals in eine eckelstammige einheitliche Blüte ausschlagen, seit die Möglichkeit eines breiteren völk. kulturellen Selbstbewusstseins gegeben war. Wenn zwei Kulturen auf einem Boden zusammenstoßen, der kein festes Bewußtsein seiner tatsächlich bestehenden Zugehörigkeit besitzt, so können sie sich gegenseitig und das Substrat dazu. Das hat einerseits ein tragisches Gesicht. Vielleicht nirgends tritt dies so klar hervor als in den Büchern von Marie Hart (Verlag von Greiner und Pfeiffer in Stuttgart), die mit fatten Farben die elsässische Kleinstadt malen, wie sie kaum einem lebenden Vertreter der Heimatlust zu Gebote stehen. Man muß selbst hoch stehen und groß denken, um all dies Enge und Kleine so toll religiöser Liebe und verführter Hin-

gabe zu umfassen und abzuschildern. Wie deutsch ist dies alles, wurzelnd und beharrlich, so willig und ordnungsfähig; aber nichts mehr. Auch sonst sind Kleinbürger nicht viel anders; aber hier greift man förmlich die unendliche Lustlosigkeit und Dumpfheit, die über dem ganzen Lande liegt. Nirgends sieht man Stufen, ahnt man im Hintergrund einen Ausblick, Anstieg zu höherer Geistigkeit, nirgends Anlehnung an einen selbstbewußten Kosmos zielbarer Kultur. Alles verharrt in seiner vegetativen erdgebundenen Dummheit. Was sich an höheren Möglichkeiten bietet, ist ein wirres zersplittertes Treiben, unorientiert, sich selbst verleugnend, unausrichtig und antreu bis ins Mark: das öffentliche Leben — die Zeitung etwa. Die tiefere Begabung spürt man nur noch aus ihrem Außerlichstem, einer gewissen geistigen Rafftheit vielleicht; aber oft kommt ein schriller Ton dazu, wie aus Scham über verirrtes Gemüt. Einerseits wird jeder Neinsichgesinnte nicht ohne tiefen menschlichen Schauer etwa folgendes in deutscher Sprache lesen können: „Wir haben hier in Elßaß und Lothringen mit deutscher Kultur und Denkungsart aber auch gar nichts gemein noch wollen wir es haben. Das elsäss. Lothringische Volk hat deutsches Wesen und deutsche Art überfakt. Wir fühlen uns innerlich jedem Deutschland gegenüber völlig fremd. Keine Regierung unserer Seele, unseres Empfindens, die Widerhall finden könnte in ähnlichen Einstellungen des deutschen Wesens. Wir sind in tiefer Beziehung Fremde, die es weit von sich weien, daß nur irgendwie von ihnen als Produkt deutscher Erziehung oder Kulturarbeit gesprochen werden könnte.“ — Aber kann man sich selbst größer überschreiben, zugleich sich selbst tragisch moralisch vernichten und intellektuell verneinen? Was dies vielleicht gefauste Profitation sein — wo sind die intellektuellen Spitzen, die ihre klar erfasste Zugehörigkeit gegen alle mit der politischen Macht gewappnete Befreiung durchhielten? Von da steigen wir gern in Marie Harts enge, aber herzensechte Welt zurück. Senes ist nicht der Weg, auf dem die Schätze dieser Niederungen gehoben werden könnten. Was liegt da vergraben, wie tiefe Goldadern bergen diese Gemüter noch unter dem tauben Geröll des Tages! Was war es, das hoffnungslos diese Kräfte in den Schacht ihrer engen abgeprengten Heimatart und ihrer lebenbehebenden Ausbruch ins Geistige suchenden Wundart versenkte? Wehe dem Volk, das lieber die halllose Luft durchsuchte als

III.  
Zwischen einem Manne und seiner Sache liegt nicht nur die zunächst immer dunkle Frage des richtigen Augenblicks, in dem der Schicksalsmensch eines Volkes einsetzen muß.  
Lieber den richtigen Augenblick vermag sich freilich kein Staatsmann hindergucken. Aber so entscheidend der Zeitpunkt ist, den er schließlich wählt, so sehr hängt er vom Standpunkte ab, den er mitbringt. Von ihm aus vermag er sogar selber jenen richtigen Augenblick herbeizuführen, indem er die Spannen jenachdem abkürzt oder hinzieht und sein Ziel einem Male unterwirft. Aber Voraussetzung für seinen Entschluß ist immer, daß einer höchsten Veranlassung, eine höchste Lieberlieferung. Voraussetzung ist der politische Mensch.  
Immer ist es so, daß die Geschichte einer Nation, die von Gegenständen zersplittert wird, an eine letzte Lösung kommen, an der es nur noch zwei Wege für sie gibt. Und immer wendet sich der Wille, die Neigung, das Vertrauen der Nation bereits einem dieser Wege zu, bevor er als solcher erlöscht wird, wendet sich von der Mitte, in der kein Volk ewig verharren kann, wenn es nicht versinken soll, wendet sich von dem mittleren Wege, der nur ein Behelf blieb, aber keine Aenderung bringt, nach Links oder nach Rechts. Hier liegt es an dem politischen Menschen, der den Dingen einen letzten Nachdruck zu geben hat, daß er ein Gefühl für die Veränderungen mitbringt, die sich in der Geschichtsbewertung der Nation vollziehen. Er muß ein Bewusstsein mit geistigen Bewegungen mitbringen, ihm freundlich hier, ihm feindlich dort, auf deren mehr weltanschaulichem Hintergrund diese Veränderungen politisch vor sich gehen. Er muß einen Sinn für Unmöglichkeit besitzen, die sich sein und doch schwerer in die Stimmung der Menschen einschalten, einen Sinn, der vor allem die Umlagerung des Gewisses feststellt. Er muß einen Blick für Steigen und Sinken der Parteien besitzen, für ihr Aufsteigen oder Absteigen im Lande, einen Blick für Personen, die an ihren Platz gestellt sein wollen, und nicht zuletzt einen Blick für sich selbst und für seine Machtmittel. Entscheidend ist sein Augenmaß überhaupt, mit dem er die Bedeutung von Menschen, die Ertragbarkeit von Zuständen, die Reichweite von Ereignissen abmisst und sich bei Zeiten über Dichtigkeit oder Brüchigkeit von Weisständen klar wird. Entscheidend ist sein Abstand zu den Dingen, ein Abstand, der Lieberlieferung schafft und der eben das ist, was die Nation von sich aus, und zu sich selber, nicht haben kann.  
Die deutsche Revolution hatte diesen Lieberblick nicht. Sie, die wie jede Revolution von vorne anfangen wollte, setzte sich über alles hinweg, was nur durch Einfühlung erfasst werden kann, die dem politischen Menschen gegeben ist, aber nicht dem experimentierenden Menschen. Sie überschätzte die Vernunft, von der sie annahm, daß sie als politische Vernunft mit dem einzelnen Menschen geboren werde, und lieferte das Land einem Vernunftreichte aus, das den Revolutionären ebenso zeitgemäß wie fortgeschritten erschien und nach dessen allgemeiner Gültigkeit sich Deutschland, wie sie glaubten, schon in der Welt behaupten würde. Der Wahn, der seine fünf Stunden hätte dauern dürfen, hat inzwischen fünf Jahre gedauert, aber es wird, so scheint es, ein sechstes nicht mehr überdauern. Als in diesen fünf Jahren die Demokratie verlagte, der Parlamentarismus und alles, was sich aus dem politischen Nationalismus ableiten läßt, da hoffte man wohl, daß nunmehr die Wirtschaft dem Staatsmann stellen werde. Aber auch die Wirtschaft hat politisch versagt. Auch die Wirtschaft war ohne politische Lieberlieferung. Die deutschen Wirtschaftler mißverstanden die Politik als Unternehmung und glaubten, sie in ein Geschäft zwischen Völkern auflösen zu können, während sie, und nicht die Wirtschaft, das Schicksal ist, das sich nach dem hohen Gange einer ihm eigenen Gesetzmäßigkeit an den Staaten erfüllt. Es kam daher in dem Kreise dieser deutschen

für die lebendigen Glieder seines Leibes Sorge zu tragen. Wehe auch dem Volk in unorganischer Besessenen und untereinanderlichem Herfürungsdrang gegen alles in sich Gerundete und Eigenwillige, welches das elsässische Bewußtsein bis auf den niedrigsten Punkt der Aufklärungsstufe abdrückt, der baren, kulturell imponenten Vernunftsteile, wo auch Feuer und Wasser sich assimilieren können. Wie liguerisch ist hier alle Politik und wie wahr und gerade alles Menschliche! Durch tiefe Lebensstellung und äußere Schicksale hat sich der deutsche Geist vielleicht in diese Bahnen geworfen. Eine gewisse Frömmigkeit, Ehrfurcht, welcher in diesen Bezirken Hingabe tiefer dünkt als Zwang, Tatsache schicksalhafter als Widerstreben, Wucht des Lieberkommenen und der Gesamtheit größer als die verhallende Stimme des Einzelnen in seiner Willkür. Trotz allen westlichen Tageslärms, der heute Deutschlands Antlitz bedeckt, bleibt der Deutsche als solcher in der Tiefe überzeugung, daß noch lebendiger geräuberer Gemeinschaft gegenüber wenig Eigensinn und viel Einfügung nötig ist, wenig Kritik und viel Befahrung, wenig Trost und viel Glauben. So sehen wir jenen Bauernburschen treu, hingegeben und tief anständig gegenüber der übernommenen Pflicht und Sache, auch wo sie innerlich nur halb ergriffen ist. Dieser Mensch ist nicht der politische Mensch, welcher den Tag über auf der Agora lungert und Bürger spielt. Dies ist nicht das Holz zum Tischeln oder Ähnlichem, der um eines höheren Zieles willen Jahrhunderte lang perst und großartig seinen Staat sabotiert. Dies nimmt nicht sein Schicksal in die Hand; dieser deutsche Mann tritt auf den Boden aller Tatsachen, mit gottgewollter religiöser erfahreter Abhängigkeit kämpft er heute unter zwei, morgen unter zwanzig Fahnen gegen sein Vaterland. Wo sie entfallen werden, eilt er in Scharen in die Reihen der Entscheidungskämpfer, und hilft seine Mutter unter Granaten und Hezgeteln begraben. Die deutsch-amerikanischen Gefangenen bekannten sich lachenden Mundes zu ihrer Abhängung, führten sich harmlos als Landsleute ein und nannten mit Stolz die deutschen Truppenteile, bei denen sie gedient hatten. Keinerlei Problematik trat ihnen dabei ins Bewußtsein — wie deutsch ist das! Deutsch-amerikanische Freiwilligendivisionen waren es, welche bei Chateau-Thierry dem letzten deutschen Siegeszug Halt geboten und das Heer in Zerbröckelung und Einsturz der Heimat zurückzwangen. Vielleicht grauß

# Die Ständische Bewegung

(zugleich Mitteilungsblatt der „Vereinigung für ständischen Aufbau“)

Nummer 7

Verantwortlich: Dr. Heinz Brauweiler, Düsseldorf-Oberkassel, Markgrafenstraße 5.

November 1923

## Gemeinwirtschaft.

Man hat Richard von Moellendorff den „Vater der Plauwirtschaft“ genannt, aber es war nicht zum Lobe gesagt, sondern sollte Stigma sein, und leider ist es nicht ohne Wirkung geblieben. Die Öffentlichkeit kennt nicht das wahre Bild des Mannes. Man weiß, daß er Rathenau nahe gestanden und ihn stark beeinflusst hat; man weiß nicht, daß er in der letztendlich entscheidenden Frage bei ihm keine Gefolgshaft finden konnte. In dem offenen Briefe, den er im April 1919 zur Verteidigung seines Ministers Wiffel an seinen früheren Chef richtete, mußte er bekennen: „Jenseits des Bannkreises unentbehrlicher Güter nur mehr Mühe als Arbeitsprodukt anstreben, den Nationalismus der Defonomie unmittelbar zum Diener einer besetzten Kultur zu machen, dazu habe ich Sie wohl immer noch nicht umgestimmt. Sie billigen die objektive Zwecksetzung des kapitalistischen Zeitalters, ich nicht. Ist in diesem Widerstreit nicht gar aus guten Gründen, wenn auch unbewußt, die öffentliche Meinung Ihre Gegnerin? Verbirgt sich hinter der Ablehnung einer großen U.C.G. nicht einfach die Abneigung gegen den, Bedürfnisse und Anstrengungen erregenden, Geschäftsbetrieb, der als Selbstzweck ein Laster war, auch wenn er als Mittel zum Zweck etwas taugte?“ Nach der Revolution, als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, hat Moellendorff versucht, den Sozialismus in praktischen Aufbau zu wenden; bei Wiffel fand er einigtes Verständnis, bei den anderen sozialdemokratischen Ministern stieß er auf absolutes Unverständnis, und er wurde gestürzt, als er der ihrem Bürgerstim so heiligen Tasse Kaffee den Krieg erklären wollte. Wiffel hat sich bitter beklagt, als seine Parteigenossen ihn des Verrats an Sozialismus beschuldigten — zu Unrecht, denn des Verrats an Sozialismus hat er sich wirklich schuldig gemacht. Und Sozialismus, so wie Moellendorff ihn versteht — „sozialistisch ist unser Streben nur im Gegensatz zum Individualismus“ — ist auch unser Standpunkt.

Es war in einer Polemik gegen Nieker, daß Moellendorff diese Erklärung gab. Er fügte hinzu: „In seiner ökonomischen Pragmatik bezeichnet man es, wie kein sorgfältiger Leser (der von Nieker angegriffenen Schrift über „Deutsche Gemeinwirtschaft“) bestreiten kann, besser als ein staatskapitalistisches System. Andere liberale Kritiker haben es geradezu als einen Ausfluß des konterbaitiven Staatsgedankens gebrandmarkt.“ „Aus dem Geist des Alten Finken, Kant, Stein, Bismarck, aus dem Lebensstil, den man draußen als Militarismus verhöhnte, den die Medensart elkte, der das Schlichte liebt und der die Pflichtgebundenheit als höchste Freiheit auffaßte und krönte: aus deutschem Wesen entsprangen die Allermittelsformeln wahrhaftig nicht. Über täuschen wir uns nicht, wie tief in dieser Fremdegedankenswelt, der wir stillschweigend glaubten die Wirtschaftsbüchle zu verdanken, längst Gefahr, unsere besten Eigenschaften zu verlieren.“ So hatte Moellendorff in der „Deutschen Gemeinwirtschaft“ geschrieben. Ein Jahr später veröffentlichte er eine kleine Schrift „Von Einfl“

zu Einfl“, worin er als Zeugen für seine Gedanken den alten Finken, Nieker, Stein, Fr. List, Bismarck, Lagarde anrief, „gesammelte und lose aufgezeichnete Sätze“, die seinen Voller, „was der Verfasser beabsichtigt hat.“

Darin findet sich der Satz, der, wie man vermuten darf, die Gedankenrichtung Moellendorfs entscheidend beeinflusst hat. Er las bei Friedrich List: „Die Deutschen, hierin verschieden von allen andern Nationen, handeln die politisch-ökonomischen Dinge in zwei verschiedenen Disziplinen ab: unter der Benennung der Nationalökonomie, politischen Ökonomie, Staatswirtschaft usw. lehren Sie die Theorie des kosmopolitischen Systems nach Smith und Say; in der Polizeiwirtschaft untersuchen Sie, inwiefern die Staatsgewalt auf die Produktion, Verteilung und Konsumtion der materiellen Güter einzuwirken berufen ist. Begriff und Wesen der Nationalökonomie konnten nicht erkannt werden, weil es keine ökonomisch vereinigte Nation gab und weil man dem besondern und bestimmten Begriff Nation überall den allgemeinen und vagen Begriff Gesellschaft substituirt hatte — einen Begriff, der auf die ganze Menschheit oder auf ein kleines Land oder auf eine Stadt so gut anwendbar ist als auf die Nation.“ Was Moellendorff unter „Gemeinwirtschaft“ versteht, ist das selbe, was Friedrich List als „Nationalökonomie“ gefordert hatte. Er findet immer neue Wendungen dafür: Bewußtmachen des wirtschaftlichen Vaterlandes und das bewußte Betreiben des gemeinsamen deutschen Geschäftes, geschäftlicher Gemeinbau, Binnenwirtschaft, Gegenüber zu Privat- und Weltwirtschaft, Wirtschaftsstaat, staatliche Wirtschaftsorganisation, das öffentlichrechtliche organische Knochengerißt der friedlichen Arbeit, Eingliederung der ökonomischen in die politische Verantwortung, gemeinwirtschaftliche Aufsicht des Staates, Einfügung der Wirtschaft in die staatliche Organisation, Umwandlung des wilden Häufens privater Körperchaften in ein geordnetes Bündel öffentlich-rechtlicher Körperchaften.

Die Kriegserfahrungen hatten Moellendorff gezeigt, wie weit die deutsche Wirtschaft vor dem Kriege von einer „nationalen Wirtschaft“ entfernt gewesen war. Er erkannte, daß gerade hierin eine, wenn nicht die entscheidende Kriegursache gegeben war: in der Politik nach den zwei Landarten der Mächte und Märkte, in dem Zustand, daß wir wirtschaftlich auf einer zwei- bis dreimal so großen Bodenschicht fußen als sie das deutsche Reich mit seinen Grenzen umspannte. Nach dem verlorenen Kriege aber bleibt uns „keine Wahl außer dieser: sich mit der im Krieg erlernten Sparenden und ersetzenden „Binnenwirtschaft“ nicht nur für immer zu befreunden, sondern sie noch zu vertiefen, sie vom Aschenbrödel zur Prinzessin zu erheben, kurzum relative Autarkie zu wünschen.“ „Läßt sich die Eigentümlichkeit der deutschen Nationalökonomie dadurch kennzeichnen, daß vergleichsweise der Arbeitsvorrat groß und der Naturvorrat klein ist, so entscheidet eine möglichst innige Bindung von ihnen an diesen und eine möglichst gründliche Beschränkung auf die also erzeugten Güter geradezu darüber, inwiefern Deutschland vor dem Schicksal eines wirtschaftlichen Sklaven bewahrt bleibt. Entweder — oder, Nation oder anderer

Leute Arbeitshaus und Arbeiterheide. Etwas Drittes gibt es nicht mehr.“

Das Hindernis gegen eine wahre Nationalökonomie sieht Moellendorff mit Recht in der „privatistischen“ Gesinnung der Wirtschaft. „Was geschieht, wenn die Landesicherheit mehr Landwirtschaft erfordert, das Kapital aber sich zu den Beden einer ergiebigeren und leistungsfähigeren oder falschen Stadtwirtschaft drängt?“ So hatte er schon während des Krieges gegen Rathenau „neue Wirtschaft“ angewendet. Im Febr. 1919 beklagte er es in einem Vortrage vor Industriellen, „daß die geschäftliche Tüchtigkeit sich nicht immer die Frage vorlegte: ist das für mich Nützlichste auch zugleich vereinbar mit den obersten Interessen der Gemeinschaft, des Vaterlandes? Diese Fragestellung war gar nicht vorhanden“. In einer anderen Stelle schreibt er: „Die „privatistische“ Denkweise kann zugleich patriotisch oder apatriotisch, kapitalistisch oder antikapitalistisch, sozialistisch oder antisozialistisch sein; immer aber ist sie im Wirtschaftlichen nationalitätlich indifferent und verböhrt sich infra oder supra, wenn auch nicht geradezu anti nationem. Der Privatist maßt sich an, angeblich weil er es immer und überall am besten versteht und am vollkommensten leistet, an der Volksgemeinschaft vorbei und über sie hinweg seine Geschäfte zu machen, schätzt seine Millionen höher ein als ihre Milliarden und wünscht, daß sie sich daran genügen lasse, an ihm einen tüchtigen Mitbürger, einen guten Steuerzahler und willigen Anleihezeichner zu besitzen. Man kann auf die jetzt ja verstummen Verlautbarungen privatistischen Begehrens für die „Ubergangswirtschaft“ hinzurück und wahrnehmen, daß, kaum glaublich, angesehene deutsche Wirtschaftsführer, durch Druckfachen ex officio, ausgesucht die Meinung verbreiten, zu allererst sei die Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen zu erleichtern, zu deren Fertigung ein Heer von deutschen Arbeitslosen bereitsteht. Man kann sich mit Größen überseeischer Kreditfähigkeit unterhalten und wie über etwas ganz Selbstverständliches darüber belehrt werden, daß das etwaige New Yorker Guthaben eines Deutschen willkürlich den Pfad des höchsten Gewinns „also auch der höchsten Steuer, bitte!“ wandeln dürfe, auch wenn sich inzwischen dabei ein volkswirtschaftliches Bedürfnis zu Tode hungere. Man kann Wiener antreffen, die sich entsetzen, wenn man etwaige im Ueberfluß angebotene Güter (Süßfrüchte, Kaffee, Kupferfabrikate, Kleider usw.) entschieden abzuweisen gebietet.“

Wie aber soll diese, wie Moellendorff mit Recht sagt, die ganze Wirtschaft beherrschende privatistische Gesinnung unschädlich gemacht werden? Seine Gegner warfen ihm vor, daß er die Rückkehr zum System des Merkantilismus predige. Er antwortete: „Also camelopardalis redibit? Nein, Organit, die sich davon so unterscheidet wie meine Gemeinwirtschaft vom Merkantilismus oder wie britisches Königtum vom Absolutismus.“ Gerade die Erfahrungen der Kriegswirtschaft hatten ihn die Schäden der staatlich-bürokratischen „Wirtschaftsführung“ klar erkennen lassen. Mit Recht konnte er sich rühmen, daß die von ihm geleitete Ab-

## Gegen den Zentralismus.

Institut Wöjer

stellte i. J. 1772 folgende Betrachtung an zu dem Thema „Der jetzige Gang zu allgemeinen Gesetzen und Verordnungen ist der gemeinen Freiheit gefährlich“ (Patr. Phant. 2. Teil, 2. Stück):

„Die Herren beim Generaldepartement möchten gern alles, wie es scheint, auf einfache Grundzüge zurückgeführt sehen. Wenn es nach ihrem Wunsche ginge, so sollte der Staat sich nach einer akademischen Theorie regieren lassen und jeder Departementsrat im Stande sein, nach einem allgemeinen Plan den Lokalbeamten ihre Anordnungen vorzuschreiben zu können. Sie wollen wohl alles mit gedruckten Verordnungen fassen; und nachdem Voltaire es einmal lächerlich gefunden hat, daß jemand seinen Prozeß nach den Rechten eines Dorfes verlor, den er nach der Sitte eines nahegelegenen gewonnen haben würde, keine andere als allgemeine Gesetzbücher dulden; vermuthlich, um sich die Regierungskunst so viel bequemer zu machen und doch die einzige Triebfeder der ganzen Staatsmaschine zu sein.“

Nun finde ich zwar diesen Wunsch für die Eitelkeit und Bequemlichkeit dieser Herren so unrecht nicht, und unser Jahrhundert, das mit lauter allgemeinen Gesetzbüchern schwandert geht, arbeitet ihren Hoffnungen so ziemlich entgegen. In der Tat aber entfernen wir uns dadurch von dem wahren Plan der Natur, die ihren Reichtum in der Mannigfaltigkeit zeigt, und bahnen den Weg zum Despotismus, der alles nach wenigen Regeln zwingen will und darüber den Reichtum der Mannigfaltigkeit verliert. An den griechischen Künstlern lobt man es, daß sie ihre Werke nach einzelnen schönen Gegenständen in der Natur ausgearbeitet und es nicht gewagt haben, eine allgemeine Regel des Schönen festzusetzen und ihren Meißel nach dieser zu führen. Die römischen Gesetze bewundert man, und muß sie gleich

den griechischen Kunstwerken bewundern, weil ein jedes derselben einen einzelnen Fall zugrunde hat, und allemal eine Erfahrung zur Regel für eine völlig ähnliche Begebenheit darbietet. Man spricht täglich davon, wie nachteilig dem Genie alle allgemeinen Regeln und Gesetze seien, und wie sehr die neueren durch einige wenige Ideale gehindert werden, sich über das Mittelmäßige zu erheben, und dennoch soll das edelste Kunstwerk unter allen, die Staatsverfassung, sich auf einige allgemeine Gesetze zurückbringen lassen; sie soll die mannigfaltige Schönheit eines französischen Schauspiels annehmen und sich wenigstens im Prospekt, im Grundriß und im Durchschnitt auf einem Bogen Papier vollkommen abzeichnen lassen, damit die Herren beim Departement mit Hilfe eines kleinen Maßstabs alle Größen und Höhen sofort berechnen können.

Ich will es nicht untersuchen, ob die gelehrte Natur einen Hang zur Einförmigkeit genommen, oder das ruhige Vergnügen, allgemeine Wahrheiten zu erfinden und Gesetze für die ganze Natur daraus zu machen, diese unsere neumodische Denkungsart beliebt gemacht, oder auch der Militärstand, worin oft hunderttausend Menschen das Auge auf einen Punkt richten und den Fuß nach dem nämlichen Takt setzen müssen, sein Exempel zur Nachahmung empfohlen habe. Man mag hier annehmen, was man will, die Wahrheit bleibt allemal: je einfacher die Gesetze und je allgemeiner die Regeln werden, desto despotischer, trodener und armseltiger wird ein Staat!

Ich verlange nicht, daß man dies auf alle Zweige der Staatsverfassung anwenden solle. Es sind einige, und hauptsächlich die äußerlichen Formalitäten des gerichtlichen Prozesses, der Testamente und Vormundschaften, welche sich mit allgemeinen Gesetzen und Regeln zu einer notwendigen und glücklichen Einförmigkeit bringen lassen, so daß man aus dem Standort eines Generaljustizdepartements ihre Richtigkeit und Unrichtigkeit zuverlässig übersehen kann; so weit ist auch der Großkanzler von Coceci gekommen. Es gibt auch in der Staatsökonomie eine Einförmigkeit der Formen, der

Tabellen, der Vorstellungen und anderer äußerlichen Umstände, welche die höchste Einsicht erleichtert; und vielleicht ließen sich auch wesentliche Teile der Polizei als Masse und Münzen zu einer Gleichförmigkeit bringen, so groß und so mannigfaltig auch die Schwierigkeiten sind, welche hier dem Auge des theoretischen Projektentmachers entweichen und den Mann, der in großen Staaten Hand angelegt, verwirren. Allein allgemeine Polizeiordnungen, allgemeine Festordnungen, allgemeine Gesetze über Handel und Wandel, über Acker- und Wiesenbau und über andere Teile der Staats- und Landeswirtschaft, wenn sie nicht bloß theoretische Lehrbücher, sondern wahre, in jedem Falle zu befolgende Regeln abgeben, wenn sie brauchbar und zureichend sein, wenn sie dem Generaldepartement zur Richtschnur dienen sollen, um die Vorschläge, Berichte und Anordnungen der Lokalbeamten danach zu prüfen, zu beurteilen und zu verwerfen, sind meistens stolze Eingriffe in die menschliche Vernunft, Zerstörungen des Privateigentums und Verletzungen der Freiheit. Die philosophischen Theorien untergraben alle ursprünglichen Kontrakte, alle Privilegien und Freiheiten, alle Bedingungen und Verjährungen, indem sie die Pflichten der Regenten und Unterthanen und überhaupt alle gesellschaftlichen Rechte aus einem einzigen Grundfals ableiten und, um sich Bahn zu machen jede hergebrachte, verglichene und verjährte Einschränkungen als so viel Hindernisse betrachten, die sie mit dem Fuße oder mit einem systematischen Schusse aus ihrem Wege stoßen können...

Ein Staat, worin ein jeder der vollkommensten Freiheit genießt und das allgemeine Beste zugleich in höchstem Grade erhalten wird, ist unstrittig besser, glücklicher und prächtiger als ein anderer, worin das Letzte mit einer größeren Aufopferung der Freiheit aufs teuerste erkauft werden muß. Jener aber wird gewiß eine größere Mannigfaltigkeit in seinen Gesetzen haben als dieser.

Daß bei einem Generaldepartement richtige Karten und Tabellen von allem, was zu seiner Beurteilung

teilung der „Gewirtschaftung“ der chemischen Industrie von diesen Schäden freigeblieben war, weil hier das von ihm empfohlene Prinzip der „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ zur reinen Durchführung kam. Die „staatliche Wirtschaftsorganisation“ darf nicht durch die Bürokratie gefährdet werden. Und sie darf noch weniger dem Parlament, den Parteien und ihrem regierenden Ausschuss überantwortet werden. Sondern die Wirtschaft soll in freigeübter Pflanzkultur, sich selbst verwalten, Gemeinwirtschaft verbürgen. Schon im Winter 1916/17 machte er dem Kriessamt Vorschläge über die „Bildung einer Art von Volkswirtschaftsrat nach Steinacher oder Bismarckscher Auffassung, natürlich — wie man wohl sagen muß — ohne Erfolg. Ein zweiter Vorstoß hatte das gleiche Schicksal, als er im Herbst 1918 den lebenden Freiherrn von Zein (damals Leiter des Reichswirtschaftsamtes) aufforderte, „die Staatsidee des großen Toten seines Namens wahr zu machen“. Dann entwickelte er den Volksbeauftragten sein Programm: Streiknahme des Staates zugunsten der Gemeinwirtschaft, die als produzierendes und konsumierendes Ganzes auch dann kein Opfer einzelner Produzententeile werden darf, wenn diese durch Arbeitnehmer ergänzt sind, Behandlung des Ganzen als eines gemeinsamer Geschäfts, dessen Produktivität bestmöglich zu gestalten sei, wobei die Mittel teilweise wechseln können, Schutz gegen Ausbeutung von Klassenverhältnissen zwischen den Nationen. Als Mittel: 1. sofortiger Aufbau von einer Wirtschaftsverfassung in Gestalt von Wirtschaftsverbänden, bestehend aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Staat. Horizontale und vertikale Bindungen. Vereinfachte Staatsaufsicht. Gegenseitige Kontrolle. Selbstverwaltung und Interessenausgleich. Basis für neue Steuerformen. 2. Mit Hilfe von 1. selbsttätige vergesellschafteter-geschäftliche statt polizeilich-fiskalische Produktivitäts-Verbesserung. Normalisieren usw. Verminderung überflüssigen Handels. Zugangsperre. 3. ferner mit Hilfe von 1. selbsttätige Ein- und Ausfuhrregelung. Binnenvirtschaftliche Intensität, auch der Arbeit.

Wahrlich, es stünde heute um uns besser, wenn dieses Programm verwirklicht worden wäre. Manches davon ist aufgenommen worden, zum Teil von den Nachfolgern, die mit der Bekämpfung gerade dieser Pläne den Urheber aus dem Amt drängten. Aber nur als Ganzes hätte es wirken können. Und wenn die Einzelmaßnahmen dann wenigstens im Geiste des Schöpfers angegriffen worden wären! Mit Recht durfte sich Moellendorff dagegen verwahren, daß man ihm an dem Versagen die Schuld geben wollte. Bitter beklagte er sich, daß man aus dem Reichswirtschaftsrat eine Hiefenschwabbude gemacht habe. Nein, seinem Willen kann nur hohe Anerkennung gezollt werden, und er verdient sie um so mehr, als er der einzige war, der so klar die Lage erkannte und so tatkräftig ins Werk zu setzen versuchte, was Hilfe und Rettung bringen konnte. Aber er blieb allein — die meisten, die den Staat zu führen sich angemaßt hatten, besaßen ein zu kleines Ausmaß. Und die Wirtschaft verlagte sich ganz und gar dem an sie gerichteten Appell. Moellendorff hat sich geirrt — es war ein edles Irren, erwachsen aus dem starken ethischen Gefühl, das ihn selbst besetzt und in seinen Reden und Schriften sowohl wie in seinem Handeln so lebhaft durchbricht — er hat sich geirrt, als er glaubte, weil der deutsche Staat die Gemeinwirtschaft braucht, deshalb müßten auch die, denen die Staatsgewalt anheimfiel, sie zu ihrem Aufbauprogramm nehmen. Nein, erst dann kann deutsche Gemeinwirtschaft Wirklichkeit werden, wenn Männer, die vom deutschen Staatsgedanken ganz erfüllt sind, berufen werden, das Schicksal der Nation in ihre Hand zu nehmen. Er hat sich geirrt, als er glaubte, Wirtschaftsgehalt werde aus eigener Kraft und aus eigenem Willen heraus sich zur gemeinwirtschaftlichen Pflicht und Verantwortung bekennen. Ein zehnte Wirtschaftler vermögen es zu tun. Aber alle geschichtliche und psychologische Erfahrung spricht dagegen, daß Wirtschaft, die nicht in gemeinwirtschaftlichen Dienst gezwungen wird, anders als „privatistisch“, profitgierig, sich betätige.

Aber mag auch Moellendorff zunächst mit seinen großen Gedanken und Plänen gescheitert sein, — es

wird, sofern unserem Volke überhaupt noch eine Wendung zum Besseren beschieden sein kann, sein Programm wieder aufgenommen werden. Auf die Einzelheiten kommt es nicht an, sie sind ihm selbst niemals anders erschienen. Der Grundgedanke der deutschen nationalen Wirtschaft und die großen Linien des Programms sind echt und deshalb von Dauer.

## Die ständische Bewegung in Oesterreich.

Von Dr. Julius Sunzel (Graz).

Nirgends in deutschen Landen wurde das Verlangen der parlamentarischen Demokratie so sinnfällig wie in Oesterreich. Das ist sehr begreiflich. Denn widerspricht auch überall die neue Verfassung, die sich das deutsche Volk nach dem Zusammenbruche gab, völlig dem deutschen Wesen und der deutschen Entwicklung, wie dem Begriffe des Staates überhaupt, so ist doch nirgends die Bevölkerung so wenig geeignet und erzogen, sich selbst zu regieren, als eben in Oesterreich. War doch der Sinn der Deutschen Oesterreichs stets mehr auf Spiel und Tanz und Genuß, denn auf die Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten gerichtet, galt doch hier bis 1848 und auch später noch politische Betätigung der Untertanen als schweres Staatsverbrechen. Kein Wunder, daß dem Einzelnen der Staat etwas durchaus Fremdes, wenn nicht Feindliches blieb, daß von einem Staatsgefühl (das anderwärts die Völker besetzt und zu erhebenden Taten anspornt) hier schlechterdings nicht die Rede sein konnte.

So mußte es denn 1918, als das Volk durch seine Vertreter selbst die Fäden der Herrschaft in die Hände nehmen sollte, sowohl an politisch begabten Führern, wie an politisch reifen Wählern fehlen und unsägliche Wirrnisse über das Land kommen. Keine der Parteien dachte an den ohnehin arm und klein gewordenen Staat, jede suchte nur sich und ihren Anhängern günstige Plätze an der Staatskrippe zu sichern, keine der Parteien wußte überhaupt, auf welchen Wegen die Zukunft des Staates gesichert und gedeihlich gestaltet werden könne, jede hoffte mit verstaubten, schon im alten Oesterreich überlebten Schlagworten zum Ziele zu gelangen. Einige wenige, die bereit und fähig gewesen waren, die Pfad der Berrunnt zu wandeln, vermochten sich der Stimmung der Massen und der Unfähigkeit der Weggenossen gegenüber nicht durchzusetzen.

So ging Oesterreich schließlich in Genf den Weg der freiwilligen Knechtschaft und verdamnte sein Parlament selbst zur Untätigkeit, so wurde das Sehnen immer lebhafter — wenigstens zunächst die Wirtschaft — von den Einstüßigen schuldiger und selbstlicher Parteilicher zu befreien und neue Formen zu schaffen, in denen eine gesunde, aufwärtsstrebende Entwicklung selbst unter den durch die unverständlichen Friedensverträge gegebenen Verhältnissen noch möglich werden konnte. Ohnehin wurde es ja immer deutlicher, daß nicht der Staat die Massen und Wirtschaftsgruppen, sondern umgekehrt die Massen und Wirtschaftsgruppen den Staat beherrschen. Schnell fand daher der Ruf nach einer „Kammer der Arbeit“ der immer vernünftlicher aus dem Deutschen Reiche herüberschallte, bei Weiterbildenden lebhaften Widerhall. Allein wie stets, so fehlte es auch diesmal an Kräften, die das schwere Werk der Vorbereitung und der Organisation der Bewegung hätten leisten können. Man begnügte sich mit schwächlichen Versuchen, die Stellung der Sachleute in den Staatsämtern zu stärken und die zweite Kammer, den Bundesrat, der ein völlig zweckloses Dasein führt, in ein Ständehaus zu verwandeln, in dem alle Klassen und Gruppen ihrer wirtschaftlichen Kraft entsprechend, vertreten sein sollen.

Schließlich wurde wenigstens eine Arbeitsstelle für ständischen Aufbau geschaffen, die wissenschaftliche Vorarbeiten zur Klärung und Verständigung über alle

Fragen der ständischen Vertretung leisten, den Meinungsaustausch vermitteln und die Verbreitung des ständischen Gedankens durch Wort und Schrift emsig fördern soll. Sie gibt auch (im Rahmen der im Verlage der Universitätsbuchhandlung Leuschner und Lubensky in Graz erscheinenden „Zeitfragen aus dem Gebiete der Soziologie“) Schriften zum ständischen Aufbau heraus, von denen bisher zwei über „den Zusammenbruch des Parlamentarismus und den Gedanken des ständischen Aufbaues“ und über „den deutschen Ständestaat“ erschienen sind. Sogar zur Gründung einer Kulturpartei kam es, die „in der Erkenntnis, daß nur zielbewußte Arbeit, Abstandnahme von parteipolitischen Sonderwünschen zum Ziele führen“ kann, versuchen will, „die Kräfte, die im Parteihader nutzlos verschwendet werden, in zielbewußter Arbeit zu verwerten“. Allein den Schriften fehlt es an dem notwendigen Massenabstoß und der Partei an der Gefolgschaft.

Gleichwohl liegt kein Grund vor, zu verzagen. Schon haben sich überall die Wirtschaftsgruppen mächtige Organisationen geschaffen, die maßgebenden Einfluß auf die Parteien nehmen. Schon konnte in Wien ein Ständestoff abgehalten werden, das die Angehörigen wichtiger Wirtschaftsorganisationen (der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, des Reichs-Handels- und Gewerbeverbandes, der Reichsorganisation der Kaufleute, des Hauptverbandes der Industrie u. a.) zu ernstlichen Aussprachen einigte. Schon beschäftigten sich auch die führenden Zeitungen in steigendem Maße mit dem Gedanken des ständischen Aufbaues, und es kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Bewegung nach den Neuwahlen in die Volksvertretung (die im Herbst stattfinden) festere Formen annehmen wird. In dem Widerstande der politischen Parteien, der Nutznießer des jetzigen Zustandes, wird es freilich nicht fehlen. Sie sind gewohnt, den Staat in den Dienst ihrer Parteiziele zu stellen und — wenn es leicht geht, — auch für ihre Führer manchen persönlichen Vorteil zu erraffen. Sie werden von solchen lieben Gewohnheiten nicht gerne lassen wollen. Allein die Macht der Verhältnisse wird stärker sein als sie. Die Wirtschaft wird sich den Fesseln entwinden, die die Politik um sie schlang, und wird den Unfug des Sanierungsprogramms vernichten, das glaubt, die Staatswirtschaft ohne oder selbst gegen die Volkswirtschaft sanieren zu können. Dann wird durch den Sieg des ständischen Gedankens die Zukunft Oesterreichs gesichert werden, dann werden sich auch die organisatorischen Kräfte finden, die diesem Gedanken die richtigen Formen verleihen.

## Das Problem der Bezirkswirtschaftsräte.

In einer von der juristischen Fakultät der Universität Bonn genehmigten Inaugural-Dissertation hat Doktor Margarete von Wandel „Die Wirtschaftsämter des Artikels 165 der Reichsverfassung“ behandelt. Die Verfasserin gelangte zu folgendem Ergebnis: Die endgültige Fassung des Artikels 165 beruht auf einem Kompromiß, das es der Zukunft überläßt, bestimmte Gedanken in die Worte der Verfassung hineinzulesen. Die seit 1910 einsetzenden Gestaltungsversuche zeigen keinen Weg zu einer annehmbaren Lösung. Insbesondere muß der in Unternehmertum ererbte Gedanke der Bildung von autonomen, durch die Bezirkswirtschaftsräte geleiteten Wirtschaftsprovinzen in Erkenntnis seiner Unausführbarkeit und der ihr liegenden eminenten Gefahr für die Reichseinheit bald fallen gelassen werden. Die Verhandlungen im Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats führen auch nicht zu einer Klärung der Ansichten. Das Ergebnis ist, daß trotz allen Bemühens aus den Worten des Artikels 165 der Reichsverfassung über die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten kein gestaltungsfähiger Gedanke zu entwickeln ist. Auch das zunächst hoffnungsvolle Reichswirtschaftsministerium scheint jetzt die Unlösbarkeit der Aufgabe erkannt zu haben und wird voraussichtlich durch ein „Reichsrahmengesetz über die Errichtung fakultativer Bezirkswirtschaftsräte“ eine Scheinlösung versuchen.

eingeschickt wird, vorhanden sein müssen, um die Berichte des Lokalbeamten deutlich verstehen und seine Gründe prüfen zu können, ist eine Sache für sich; daß dasselbe die Geschicklichkeit, den Fleiß und die Redlichkeit des Lokalbeamten auf das genaueste kontrollieren müsse, wird auch wohl niemand in Zweifel ziehen. Allein dieses hindert nicht, daß nicht jeder Forst seine eigenen Regeln, jedes Städtchen seine eigene Polizei und jede Bauernschaft ihre besonderen Rechte sowie ihre besonderen Vorteile und Bedürfnisse habe, welche ohne Gewalt unter keine allgemeine Verordnungen gezwungen werden können. Es hindert nicht, daß das Gutachten eines redlichen und einsichtsvollen Lokalbeamten nicht allemal mehr Aufmerksamkeit verdiene als die großen Theorien des Generaldepartements; und wenn ich ein allgemeines Gesetzbuch zu machen hätte, so würde es darin bestehen, daß jeder Richter nach den Rechten und Gewohnheiten sprechen sollte, welche ihm von den Eingesehenen seiner Gerichtsbarkeit zugewiesen werden müssen. Dies war das große Mittel, wodurch unsere Vorfahren ihre Freiheit ohne Gesetzbücher erhielten, anstatt daß unsere Generalverordnungen und Gesetze, sobald es zur Anwendung kommt, immer nicht recht auf den einzelnen streitigen Fall passen und Natur und Gesetze gegeneinander in Prozeß verwickeln.

Es ist eine allgemeine Klage des jetzigen Jahrhunderts, daß zu viel Generalverordnungen gemacht und zu wenige befolgt werden. Die Ursache liegt aber aller Wahrscheinlichkeit nach darin, daß wir zu viel Dinge unter eine Regel bringen, und lieber der Natur ihren Reichtum benehmen als unsere Systeme ändern wollen.“

Goethe

äußerte sich in einem Gespräche mit Eckermann (am 23. Oktober 1828) „über die Einheit Deutschlands, und in welchem Sinne sie möglich und wünschenswert“ sei, folgendermaßen:

„Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chauffeen und künftigen Eisen-

bahnen werden schon das Ihrige tun. Vor allem aber sei es eins in Liebe untereinander, und immer sei es eins gegen den auswärtigen Feind! Es sei eins, daß der deutsche Zaler und Großchen im ganzen Reiche gleichen Wert habe; eins, daß mein Reisetoffer alle sechsunddreißig Staaten ungehindert passieren könne. Es sei eins, daß der städtische Reisepaß eines weimarischen Bürgers von dem Grenzbeamten eines großen Nachbarstaates nicht für unzulänglich gehalten werde, als der Paß eines Ausländers. Es sei von Inland und Ausland unter deutschen Staaten überall keine Rede mehr. Deutschland sei ferner eins in Maß und Gewicht, in Handel und Wandel und hundert ähnlichen Dingen, die ich nicht alle nennen kann und mag.

Wenn man dann aber denkt, die Einheit Deutschlands bestehe darin, daß das sehr große Reich eine einzige große Residenz habe, und daß diese eine große Residenz wie zum Wohl der Entwicklung einzelner großer Talente, so auch zum Wohl der großen Masse des Volkes gereiche, so ist man im Irrtum.

Man hat einen Staat wohl einem lebendigen Körper mit vielen Händen verglichen, und so ließe sich wohl die Residenz eines Staates dem Herzen vergleichen, von welchem aus Leben und Wohlsein in die einzelnen nassen und fernern Glieder strömt. Sind aber die Glieder sehr ferne vom Herzen, so wird das zuströmende Leben schwach und immer schwächer empfunden werden. Ein geistreicher Franzose, ich glaube Dupin, hat eine Karte über den Kulturstand Frankreichs entworfen und die größere oder geringere Aufklärung der verschiedenen Departements mit helleren oder dunkleren Farben zur Anschauung gebracht. Da finden sich nun besonders in südlichen, weit von der Residenz entlegenen Provinzen einzelne Departements, die in ganz schwarzer Farbe daliegen, als Zeichen einer dort herrschenden großen Finsternis. Würde das aber wohl sein, wenn das schöne Frankreich statt des einen großen Mittelpunktes zehn Mittelpunkte hätte, von denen Licht und Leben ausginge?

Wodurch ist Deutschland groß als durch eine be-

wunderungswürdige Volkskultur, die alle Teile des Reiches gleichmäßig durchdrungen hat? Sind es aber nicht die einzelnen Fürstentümer, von denen sie ausgeht und welche ihre Träger und Pfleger sind? Geseht, wir hätten in Deutschland seit Jahrhunderten nur die beiden Residenzstädte Wien und Berlin, oder gar nur eine, da möchte ich doch sehen, wie es um die deutsche Kultur stände, ja auch um einen überall verbreiteten Wohlstand, der mit der Kultur Hand in Hand geht.

Deutschland hat über zwanzig im ganzen Reich verteilte Universitäten und über hundert ebenso verbreitete öffentliche Bibliotheken, an Kunstsammlungen und Sammlungen von Gegenständen aller Naturreiche, gleichfalls eine große Zahl; denn jeder Fürst hat dafür gesorgt, dergleichen Schönes und Gutes in seine Nähe heranzuziehen. Gymnasien und Schulen für Technik und Industrie sind im Ueberflusse da, ja es ist kaum ein deutsches Dorf, das nicht seine Schule hätte. Wie steht es aber um diesen letzten Punkt in Frankreich?

Und wiederum die Menge deutscher Theater, deren Zahl über Siebzig hinausgeht und die doch auch als Träger und Beförderer höherer Volksbildung keineswegs zu verachten sind. Der Sinn für Musik und Gesang und ihre Ausübung ist in keinem Lande verbreitet wie in Deutschland, und das ist auch etwas!

Nun denken Sie aber an Städte wie Dresden, München, Stuttgart, Kassel, Braunschweig, Hannover und ähnliche; denken Sie an die großen Lebenselemente, die diese Städte in sich selber tragen; denken Sie an die Wirkung, die von ihnen auf die benachbarten Provinzen ausgeht; und fragen Sie sich, ob das alles sein würde, wenn sie nicht seit langen Zeiten die Sitze von Fürsten gewesen.

Frankfurt, Bremen, Hamburg, Lübeck sind groß und glänzend, ihre Wirkungen auf den Wohlstand von Deutschland gar nicht zu benehmen; würden sie aber wohl bleiben was sie sind, wenn sie ihre eigene Souveränität verlieren und irgend einem großen deutschen Reiche als Provinzialstädte einverleibt werden sollten? Ich habe Ursache, daran zu zweifeln.“

Wirtschaftler höchstens zu dem Wunsche, politisch zu wirken, aber niemals zu dem Entschlusse, niemals zu einer wirklichen Machtvergrößerung. Und in der Summe zeigte sich nur, daß man den politischen Menschen nicht ohne weiteres dadurch herbeizwingen kann, daß man den geschäftlich tätigen oder technisch hervorragenden Mann in ein anderes Gebiet versetzt. Ueberlieferung läßt sich nicht erheben.

Es fragt sich jetzt, ob Ueberlieferung sich nachholen läßt? Wie können nicht in alle Zukunft auf einen Bismard warten, der auch keine Ueberlieferung vorfand, aber sich für seine Absichten eines Machtstaates bedienen durfte und hier mit der Demonie seiner Menschenkenntnis einsetzte, und mit seinen feinsten staatsmännischen Eigenschaften, die aus der Verwurzelung seiner großen Natur im Lande kamen. Wir müssen vielmehr mit dem Menschen und Deutschen rechnen, der heute lebt, mit dem Menschen, der durch alle

Erschütterungen von Weltkrieg und Umsturz gegangen ist und der sich als Deutscher in dieser Zeit von den politischen Selbsttäuschungen seines Volkes frei gehalten hat.

Es gibt diesen Menschen und Deutschen. Es gibt auch ihn vielleicht erst in der Vorform, in der Vorbereitung, in einem ersten Versuche. Er wird überall anknüpfen können, wo sich noch Spuren einer politischen Ueberlieferung in unserem Lande erhalten haben, wo es noch politische Erbmasse gibt, wo in natürlichen Instinkten ein politisches Menschentum lebt.

Aber auch Ueberlieferung ist einmal entstanden. Auch der politische Mensch ist einmal Verwirrungen ausgesetzt, die der unpolitische Mensch nicht zu meistern verstand. Und nach immer wurde es seine größte Tat, daß er seinem Volke, als es Nation wurde, durch das Beispiel der Führung die politische Ueberlieferung anfänglich schuf.

## Ausnahmezustand.

Von Heinz Krauswieser.

Stresemann hat gesagt, seine Regierung werde die letzte parlamentarische oder verfassungsmäßige Regierung sein. Ob seine Regierung „parlamentarisch“ genannt werden kann, nachdem sie zuerst den Ausnahmezustand erklärte und dann sich das Ermächtigungsgesetz geben ließ, mögen die Geschichtsschreiber der Parteien unter sich ausmachen. Herr Breitscheid erklärte in der „Globe“ (Nr. 30): „Man mag die Dinge drehen wie man will, der parlamentarische Gedanke hat am 13. Oktober eine Niederlage erlitten... Aber das alles ändert nichts daran, daß die parlamentarische Demokratie in Deutschland eine Reihe von Positionen aufgegeben hat“. Was dem also sein, es schafft uns keinerlei Unbehagen. „Verfassungsmäßig“ aber ist bis jetzt unangenehm, „regiert“ vor er: Den Ausnahmezustand normiert Art. 48 der Weimarer Verfassung, und der omnipotente Reichstag kann die Verordnungsgewalt an die Regierung delegieren. Hier nun beginnen die Schwierigkeiten: Das Ermächtigungsgesetz ist an Bedingungen geknüpft worden, und Art. 48 bestimmt, daß von allen Maßnahmen unzugänglich dem Reichstag Kenntnis gegeben werden muß und daß sie auf dessen Verlangen außer Kraft zu setzen sind.

Wie nun, wenn der Reichstag die von der Regierung für notwendig bezeichneten Maßnahmen nicht anerkennen will, die Regierung aber — sei es die des Herrn Stresemann, sei es die eines Nachfolgers — die Außerkraftsetzung vor der Nation nicht verantworten kann? Dann bleibt der Ausweg der Reichstagsauflösung. Wie aber, wenn die Regierung in der Krise diesen Ausweg nicht für gangbar erachtet, weil sie etwa der Ueberzeugung ist, ein Wahlkampf werde direkt zum Bürgerkrieg werden, und die Nation müsse davor bewahrt bleiben, wie steht es in diesem Falle?

Ein solcher Fall ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Er ist eben ein für das demokratisch-parlamentarische Denken „unmöglich“ Fall. Man möchte zwar geneigt sein, aus der Generallösung, die dem Reichspräsidenten in Absatz 2 des Art. 48 erteilt ist — er kann die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten — zu entnehmen, daß ein die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gefährdender Reichstag notfalls unschädlich gemacht werden dürfe. Indessen, das wäre eine unerlaubte Interpretation. Nein, da hat Herr Preuß schon recht, der in seinem Vorschlag über „reichsverfassungsmäßige Diktatur“ (in der Zeitschrift für Politik, XIII. Band, Heft 2) feststellt, daß „die Verfassung selbst im Prinzip für den Diktator unantastbar“ sein soll — nach dem Willen des

Gesetzgebers nämlich. Und so müßte die Regierung unter Umständen einfach zusehen, wie Unfähigkeit, Verantwortungslosigkeit des Reichstags den Staat und die Nation in das Grab der Vernichtung stoßen? — nach dem Satze „sic iustitia, percat res publica“? Wir müssen den nach dem demokratisch-parlamentarischen Denken „unmöglich“ Fall einmal als möglich annehmen und feststellen, daß er eine Lösung haben muß, auch wenn die Verfassung für ihn als „unmöglich“ ansieht: keine Schlimmeres als die Verfassung.

Herr Preuß beruft sich in dem angezogenen Aufsatz unter anderem auf eine interessante Untersuchung des Herrar Staatsrechtlers Schmidt-Lortz e über das Problem der Diktatur. Er zitiert beifällig die Definition, die Schmidt von der kommissarischen Diktatur gibt, für welche Art. 48 einen typischen Anwendungsfall darbietet, und die Erklärung der rechtlichen Natur des Ausnahmezustandes: „Die kommissarische Diktatur hebt die Verfassung in concreto auf, um dieselbe in ihrer konkreten Bestand zu schützen.“ Aber leider verfehlt Herr Preuß diesen Satz anders, als er von Schmidt verstanden wird. Für diesen gibt es nicht nur Notwendigkeiten des Ausnahmezustandes, die sich gegen die Grundrechte richten, sondern auch solche, die sich gegen die Grundzüge der Demokratie richten. Deshalb hat Herr Preuß nicht auch die spätere Arbeit von Prof. Schmidt herangezogen über die Definition der Souveränität, worin — gerade auch im Hinblick auf den Art. 48 der Weimarer Verfassung — ausgeführt ist, wie die rechtsstaatliche Entwicklung und Praxis dahin dränge, durch die Teilung der Zuständigkeit und die gegenseitige Kontrolle die Frage nach der Souveränität — „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“ — möglichst weit hinaus zu ziehen, daß aber mit dieser Zurückdrängung die Frage nach der Souveränität nicht beseitigt werde! Der „Souverän“, so legt Schmidt dar, „entscheidet sowohl darüber, ob der extreme Notfall vorliegt, als auch darüber, was geschehen soll, um ihn zu beseitigen.“ Er steht außerhalb der normal geltenden Rechtsordnung und gehört doch zu ihr, denn er ist zuständig für die Entscheidung, ob die Verfassung in toto suspendiert werden kann. Alle Tendenzen der modernen rechtsstaatlichen Entwicklung gehen dahin, den Souverän in diesem Sinne zu beschränken. Aber ob der extreme Ausnahmefall wirklich aus der Welt geschafft werden kann oder nicht, das ist keine juristische Frage. Ob man das Vertrauen und die Hoffnung hat, er lasse sich tatsächlich beseitigen, hängt von philosophischen, insbesondere geschichtsphilosophischen und metaphysischen Ueberzeugungen ab.“ Wer demokratisch-parlamentarisch

denkt, wie Herr Preuß, der mag dieses Vertrauen und diese Hoffnung haben, — und wer anders denkt, hat die Ueberzeugung des Gegenteils.

Es ist einigermaßen auffällig, daß Herr Preuß in seinem Aufsatz, der die Regierung in der Handhabung des Art. 48 unterrichten will, nicht einmal die bisherige kurze Geschichte dieses neuen Rechts zum Vortrage bringt. Prof. Gmein schreibt im „Handbuch der Politik“ (Band III, S. 160) über das Recht des Ausnahmezustandes: „Gehemmt ist die Reichsregierung nur durch die Regeln über die parlamentarische Kontrolle. Daß aber diese nicht allzu wörtlich ausgelegt werden dürfen, zeigt die Haltung der Reichsregierung, als in der Sitzung der Nationalversammlung am 20. Mai 1920 ein Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes angenommen wurde; die Reichsregierung hob den Ausnahmezustand nur in einem Teil des Reiches auf, in anderen ließ sie ihn fortbestehen. Die Regierung konnte diesen scheinbaren Verfassungsbruch verantworten, einerseits, weil der Antrag der Unabhängigen von einer Zufallsmehrheit der beiden sozialistischen Parteien angenommen worden war, andererseits weil die bayerische Regierung sich mit Entschiedenheit gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erklärte.“ Diese Entschuldigung des „scheinbaren Verfassungsbruchs“ ist staatsrechtlich eine eigenartige Leistung, zu der das juristische Gewissen des Herrn Preuß sich wohl nicht berufen möchte. Um so interessanter aber bleibt der wirkliche Vorgang, der die parlamentarische Kontrolle als eine Einrichtung erweist, welche im Ernstfalle von der den Ausnahmezustand landhabenden Regierung nicht ernst genommen werden kann! Was der damaligen Regierung erlaubt war, muß auch einer anderen Regierung erlaubt sein. Man kann den Ausnahmezustand in einer Verfassungsurkunde ganz nett regeln und juristisch ordnen, in der Praxis tritt er alsbald und notwendig aus der Rechtsphäre hinaus oder hinein in die Sphäre der politischen Aktion, wo nicht die Tatsachen des Rechts, sondern die Tatsachen der Macht die entscheidende Rolle spielen. Im Ausnahmezustand suspendiert der Staat das Recht, und wenn er kraft des Selbsterhaltungsgesetzes dazu befugt ist, die gesamte bestehende Rechtsordnung außer Kraft zu setzen, so wird er — je nach der Gestalt des Notstandes — sich nicht darauf beschränken können, die im Art. 48 namentlich aufgeführten Grundrechte zeitweilig zu mißachten, sondern er wird — wenn die Not des Staates keine andere Möglichkeit der Rettung hat — auch die ganze übrige Verfassung zeitweilig außer Kraft setzen können — und müssen. Das Notrecht gilt so gut für den Staat, wie für den Einzelnen.

Und wenn eine Verfassungskonvention dieses Notrecht einschränken will, wie es in Art. 48 tatsächlich geschieht, so soll man nicht die Männer scheitern, die im Bewußtsein ihrer Verantwortung für Staat und Nation sich auf das Notrecht berufen und das Leben des Staates und der Nation höher stellen als die Integrität des Verfassungstextes, sondern man soll diejenigen tadeln, die geglaubt haben, mit rechtsstaatlichen Formulierungen die Wirklichkeit aus der Welt zu schaffen und das Leben des Staates erdrosseln zu können. Der Art. 48 kann nur Fälle regeln, wo es sich um eine politische Exekution handelt, die den Bestand des Staates selbst nicht berührt. Handelt es sich aber um Sein oder Nichtsein des Staates, handelt es sich um Bestand oder Zusammenbruch der Staatsgewalt selbst, dann zerbricht das Notrecht jede ihm entgegenstehende Fessel und Schranke, dann wird auch der Art. 48 „ein leeres Papier“, dann werden alle Konstruktionen, die die Frage nach der Souveränität ausschalten wollen, Amirseiden. Wer Herr über den Ausnahmezustand ist, besitzt die Effizienz der Staatsgewalt, und wer diese besitzt, wird sich in der Handhabung des Ausnahmezustandes nur von den sachlichen Notwendigkeiten leiten lassen.

uns mitunter etwas vor deutscher Treue und Anständigkeit? Dies kann nicht das letzte Wort sein. Erschränkt sich diese Art wirklich in reiner Innerlichkeit, gleichgültig um jede äußere Entwürdigung und Beschädigung? Allein suchen wir auf der andern Seite Zustufung, so fühlen wir, uns vor Wesen noch hoffnungsloser zu entfernen. Die Masse, welche in ihrer rohesten Form, mit echt deutscher pedantischer und schwer gepanzelter Bewusstseinshaftigkeit die Demokratie zu restlosom Ernst bringen will: im sozialen Leben die allgemeine Wehrpflicht zu furchterregender Organisation der absoluten Weisheit und materialistischen Kulturverneinung abgezogen; die allgemeine Schulpflicht zu einer breiten Halbgebildung der Arbeiterklasse aufgeblasen — und von da das Volk zu grundsätzlicher Auflehnung, pöbelhafter Ehrfurchtslosigkeit gegen alle höheren Werte des Geistes und der Bornehmheit aufstachelnd, nur darum, weil sie wesentlich weniger zugänglich und nicht organisierbar sind, — ist dies nun das bessere Deutschland, welches die Fehler der verträumten Vergangenheit abgestreift hat?

Denken wir jene erste Position zunächst einmal zu Ende, so finden wir das Urbild unserer Konzeption erheblich weiter östlich. Der Weg des Ostens ist Ehrfurcht vor allem Natürlichen, wohllose Hingabe an alles, was aus dem unteren Östlichen und Tierischen heraufbricht, „berbrecherische Feiligkeit“, Liebe und Haß aus tiefer Kreatürlichkeit, selbstlose Grausamkeit, aus sich geratewegs herauslebend und in sich zurückkehrend, ohne in Sünde, Geschiedenheit von sich selbst, Gut und Böse zu fallen. Eine Sympathie mit allem, was lebt und ist, wie es gemacht ist, und sich nachgibt, wie es sich gezogen fühlt — welche nicht etwa vergibt, vielmehr zu gar keiner Beurteilung überhaupt gelangen kann, weil das auf einer unendlich anderen und von da unmöglichen Ebene liegt. Alles Sein ist ihr Gottes Kreatur. Das streift näher ans Christentum als alles, was der Westen besitzt. Einen Augenblick hält sich das in unfassbarer Höhe, sinkt aber darnach schnell zur Vertrautheit mit allem Gemeinen herunter, zur Kraftlosigkeit, sich davon zu scheiden; Mitgeriffenwerden von jedem starken Impuls, Gemährlassen alles trüg und sicher kriechenden ansielig Negativen, Sichgebrauchlassen von zynischer berechnender Bestialität und Machtgier. Der Russe hat die Reinheit und Gemeinheit der Willenlosigkeit.

Politisch bedeutet dies eine Polarität zweier Standpunkte, welche äußerlich entgegengesetzt, innerlich verwandt sind als sie es wissen: der konservative und der enthusiastisch-christliche — wir möchten ihn nicht gerne holländisch nennen, weil dieser Begriff, vielleicht unwesentlichweise mit ideenlos-vertieftem Blutnergischen beschnitten ist. Eine der verwandten Positionen ist diejenige, welche, aus pessimistischem Glauben an den Ueberwert der Vergangenheit und an das notwendige Herunterkommen durch die differenzierende Entwicklung — das Westliche (als immer noch besser, denn das Folgende, und aus Verneinung der Entwicklung überhaupt) absolut festhalten will. Der andere Standpunkt ist derjenige, welcher den Idealscharf viel mehr (oder vielleicht auch) ans Ende verleiht und ihn durch wunderbare göttliche Katastrophen herbeizuführen hofft. Beide sind einzig in ihrer Stellung gegen das langsame und methodische Nachen vom Schlechten hin zum Besseren. Beide beziehen sich irgendwie auf einheitliche Tatsachen. Beide sind nun schon im Sinne Spinozas wie dieser auch im Bezug auf das Verhältnis von Recht und Macht, sie stehen diesseits dieser Scheidungen. Sie glauben an die Einheitlichkeit der Wirklichen mit seinem Sinn und Norm ohne ein immer davon geschiedenes Parallelsystem von Recht. Die einen glauben an die Wucht der vorhandenen Wirklichkeit, die anderen an die Ueberwucht der werdenden Tatsachen, beide eicentlich schon da ist und bald in glänzendem Ausbruch und Ausfaltung den noch beharrenden Schein zerstreuen wird. Dies alles sind rein religiöse und romantische Kategorien, die nicht ethisch mißverstanden werden dürfen.

Ihr gemeinsamer Feind ist in der Mitte. Es ist die starre und laudere Eingliederung aller Dinge in feste und handliche Normen, welche zum Zweck unbeeirrten klaren Handelns aufgestellt sind. Das ist die Tüchtigkeit des Westens. Sie ist immer aufgeräumt, immer hell und frei bis zur Leere, weiß immer, was Gut und Böse ist. Hier ist die Antithese ohne Mitteldinge, lebensfähige Alternativen. Calvinismus, zulängliche Technik und Erfolg. Der Westen ist ehrfurchtslos und moralisch, ihm fehlt der Sinn für das Gegebene, für das, was sich nur nehmen läßt, er glaubt an den Fortschritt und an Verbesserung der Welt durch die Menschen, an die im Menschen verkörperte Vernunft, welche in einem wirren Aggregat rüftig Ordnung schafft. Ein Glaube,

dem Ehrwürdigkeit und tieferer Wert nicht zu mangeln braucht, wenn er aus seinem zentralen Rathos die flache Maulfertigkeit der Aufklärung zu überwältigen vermag. Aber er kann auch zu einer unachauerlichen Ohnmacht aufwachen: dem Uebermut des Richtens, der Pietätlosigkeit gegenüber allem Schicksalhaften, dem leichten unzerpaltenen Sein mit plumpen Zweiteilungen bezukommen und eine Hälfte die Willigung, von ihm in Erbpacht zu nehmen. Das ist der Moralbahn in seiner schrecklichen Apotheose, das e'lyse Prinzip notwendig sich zum Pharisäismus übersteuernd und sich selbst abstrudum führend. Es ist dabei nämlich nur noch der letzte Wesenszug, daß sogar in diesen niedrigen Bezirken rationaler Nichtigkeit Falschung herrscht, daß hier rohester Egoismus noch einmal in unteren Kreisen bemußt Gerechtigkeit sich herstellt. Denn der tiefste Sinn ist hier die unerlässliche vorgängige Selbstrechtfertigung des Handelnden.

Wie steht Deutschland zwischen diesen Gegensätzen? Redenfalls keinem von beiden fremd, keinem ganz verhaftet. Von jeder hatte es wohllose Hingabe an alle dunklen Ueberstände der Gornatur, Frömmigkeit zum Ueberwesen, der alles Handanlegen Krebel ist, von jeder auch fast pedantischen Sinn für Ordnung, Sauberkeit, gläubiges selbstverleuandenes Befolgungshandeln. Heute rufen tausend kulturarme und go'thungerge Stimmen in die Lebensbrünnlein des N. N. N. zurück, tausend harte Willen treiben aber auch ins Viele und Neuhere, jochreales Gestrüpp zu roden und das Licht von der Finsternis zu scheiden. Über die Zusammenfügung ist nicht leicht, weder im Geist noch im Leben, kaum ausfasser überhaupt. Der Olympier, der sie in noch einfacheren Sphären versuchte, scheiterte auch. Ein wild von Innen stürmendes Leben breit hinzumalen, ist schließlich nicht schwer, wenn man ulerleses Genie hat; man nimmt nur, was gegeben wird. Aber dies zusammenzuzwingen, mit den scheitenden Formkräften dies zu gestalten, dazu pflegt die Kraft zu fehlen, wenn man so weit ist, es zu erkennen; wer hat, weiß noch nicht, und wer weiß, hat nicht mehr. Es scheint auch mit den Kulturen so zu gehen.

Das dritte Reich, das ist Europas Aufgabe. Die Bausteine liegen am reichsten in Deutschland. Ob es auch Plan und Kraft und Glauben zu einheitlichem Aufbau aufbringen wird?

Wegen Demokraten dagegen schreiben — Demokratie ist vielleicht, wie Herr Breuß sagt, „fruchtbar und segensreich für die Entfaltung des politischen Gemeinlebens in einigermaßen normalen Zeitläuften“; dem „tögl. mit tausend Todesgefahren ringenden Deutschland“ tut eine Diktatur not, wie sie die „alten Demokratien des Westens“ in der kriegerischen Notzeit gehabt haben. Damit scheint Herr Breuß einverstanden zu sein, er scheint eine solche Diktatur zu wünschen, aber dann hält er sie für unmöglich und ist ihm der Verfassungsvorschlag wichtiger als das Leben des Staates. Wir wollen, und wir machen keinen Hehl daraus, die Diktatur, „einheitlich-nationale Diktatur“, die Herr Breuß uns als Traumbild zu denken mag; wir halten sie für möglich; wir sehen die Kräfte im Volk, auf die sie sich stützen kann, und die Ohnmacht der andern, die sich gegen sie auflehnen möchten; wir wissen, daß Entschlossenheit zum Rettungswerk nur anzuhören braucht, um die Nation zu gewinnen, daß aber diese Entschlossenheit auch wirklich zu allen Entschlüssen sein muß, was das Rettungswerk erfordert; und wir wollen, daß sie nicht in Verstocktheiten gegenüber ähnlichen Kräften und juristischen Konstruktionen die frische Farbe der Entschlossenheit und der Tat blaß werden lasse.

Wir wissen aber auch, daß die Stunde nahe ist, die diese Entschlossenheit zur Tat werden muß, wenn es nicht zu spät sein soll.

## Wissenschaft oder Parteipolitik?

Von Ernst Krieb.

Im Maße, als das geistige Leben Deutschlands veranderte, wurden auch Wissenschaft und Universität in den Niedergang embezogen. Der Mangel an hochwertigem wissenschaftlichem Nachwuchs wird an den Universitäten mit Bedauern festgestellt. Es ist unausbleiblich, daß die Lehrstühle bald allenthalben von minderen Garnituren, von den *dit minorum gentium* besetzt sein werden. Dagegen ist nur ein Kraut gewachsen: Das aus der jungen Generation wieder schöpferische Geister kommen, die der Wissenschaft neue Wege weisen und einen neuen Menschentypus heraufführen.

Wo die Sozialdemokratie zur Herrschaft gekommen ist, vermischt sie sich, mit der Kultur auch die Wissenschaft zu erneuern. Den Stolz auf seine wissenschaftliche Grundlage hat der Marxismus ja lange genug zur Schau getragen. Wo es aber mit der sozialistischen Kultur- und Wissenschaftserneuerung ernst werden soll, da erweist sich, daß dafür weder Gehalt, noch geistige Grundlage, noch auch Persönlichkeiten vorhanden sind. Wie der Marxismus selbst nicht anders war, als eine wissenschaftlich maskierte Tendenz, eine scholastische Verbrämung des Willens zur proletarischen Revolution, so ist auch die Schul- und Kulturpolitik der sozialdemokratischen Unterrichtsminister lediglich der Versuch, Wissenschaft, Schule und andere Kultureinrichtungen der Parteiherrschaft und Parteipropaganda dienstbar zu machen. Der Parteisozialismus sollte und wollte zeigen, was er an geistigen Produktivkräften aufzuweisen hat. Er griff aber überall ins Leere, und der Versuch erwies nur die Traditionslosigkeit, den rationalistischen Doktrinarismus und die hilflose Kleinbürgerlichkeit der Partei. Er konnte so bloß zerstörend wirken, und einige durch den Zufall auf die Ministeresseln geschwemmte Revolutionsmänner suchten ihren Ruhm im Verstramentum.

Besonders verhängnisvoll wird sich für die Zukunft der deutschen Kultur die Universitätspolitik der Sozialdemokratie erweisen. Wenn schon für die von der Partei eroberten Verwaltungsposten zwar strebsame Kandidaten in Menge, kaum je aber Köpfe von einigem Rang zu finden waren, so ist gegenüber der Wissenschaft

im Sozialismus — trotz seiner berühmten „wissenschaftlichen Grundzüge“ — ein völliges Vakuum vorhanden. Da heißt es dann: Gehet hin auf die Straßen und ladet, was ihr findet. Ein Schritt weiter, und man setzt Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre auf die Lehrstühle, so gut wie man sie auf die Ministeresseln gesetzt hat. Der Erfolg wird beide Male derselbe sein: Unwissenschaft bis auf den letzten Rest.

Ein eigenes Kapitel im Leben der Universitäten bilden die Lehrstühle für Pädagogik. Es gibt ihrer nur wenige; aber wenn einmal einer besetzt werden muß, denn wählt sich die Fakultät des fehlenden wissenschaftlichen Nachwuchses hier zögerlich zur Katastrophe aus. Eine Erziehungswissenschaft, die diesen Stellen wirklich verdient, ist erst im Entstehen begriffen. Was unter dem besten Willen und verhängnisvollsten Verwehren „Pädagogik“ heißt, war eine ungesamte Sammlung erzieherischer Weisheit, Erfahrungen und willkürlicher Vorfälle ohne feierlicheren Ort, untermischt mit technokratischen Forderungen, Schulreformprogrammen, Gemeinplätzen und autoritären Bedürfnissen verschiedener Herkunft. Ein Gebilde, dem man nur sehr bedingt den Namen einer Wissenschaft zuschreiben konnte; im besten Fall war es eine Technologie für Schule und Unterricht. Man kann den Universitäten nicht verdenken, daß sie sich gegen die Gleichberechtigung der Pädagogik mit voll entwickelten Wissenschaften zur Wehr setzten, wenn schon dabei den Universitäten der Vorwurf nicht erspart werden darf, daß es doch gerade ihre Aufgabe gewesen wäre, die Entwicklung der Erziehungswissenschaft zu leiten. Ähnliche Lehrentwürfe lagten dazu in der klassischen Philologie, zumal bei dem auf Plato zurückreichenden Scholastiker, reichlich vor. Dieses Verhängnis rückt sich heute an den Universitäten.

Auf diesem Boden hat sich in den letzten Jahren ein völliger Wandel vollzogen, zum Teil abseits von den Universitäten. Die Fundamente einer vollwertigeren Erziehungswissenschaft sind gelegt, und wenn auch bei manchen Universitätslehrern die alten Vorurteile noch tief eingewurzelt sind, so setzen doch ganze Fakultäten hier neue und große Aufgaben sich auf. Von außer her begehrt die Lehrerschaft, zumal die der Volksschulen, seitdem die Pflege der Erziehungswissenschaft an den Universitäten und die Übernahme der gesamten Lehrerbildung an die Hochschulen. Die Not ist groß. Denn hier ist noch viel weniger ein Nachwuchs von einigen wissenschaftlichen Rang vorhanden als bei andern Wissenschaften mit guten Traditionen und Methoden. Es gibt zwar auch hier der vorkriegigen und kindigen Weisheitsmänner genug, die plöblich, als der Wind anders zu wehen begann, ihren erzieherisch-wissenschaftlichen Sinn entließen, weil ihnen die Gesellschaftsmisere gute Stellen vorzusagten. Aber selbst die gelegentlichen Schnellflieger der Pädagogikdozenten haben die Aufgabe nicht befeuert können, daß die Besetzung jedes Lehrstuhls zu einer Verlegenheit ersten Ranges wird. Die Situation gleicht ohne Zweifel einer tragikomischen Fiktion. Aber die in ihr liegende Gefahr für die Wissenschaft, für die Universitäten und für die künftige Lehrerbildung ist ganz unverkennbar.

Es war ein geistlicher Schatz der Sozialdemokraten, daß sie mit der Revolution mangels eines eigenen Kulturprogramms die Schul- und bildungspolitischen Forderungen der Lehrerschaft übernahmen. Es schien damit die Möglichkeit eröffnet, große Teile der Lehrerschaft herüberzuführen und mit Schule und Lehrer einen starken Faktor des öffentlichen Lebens in den Dienst der Parteiziele zu stellen. In Sachsen ist die Absicht in hohem Maße gelungen, und wenn in Thüringen die Lehrerschaft nur mit erhöhter Zurückhaltung oder offener Opposition dem Reformwert der sozialdemokratischen Unterrichtsverwaltung gegenübersteht, so ließ doch der Plan Thüringens, die Landesuniversität Jena nach der erziehungswissenschaftlichen Seite hin vorbildlich auszubauen und damit der künftigen Lehrerbildung ein Fundament zu schaffen, weiteste Kreise der deutschen

Lehrerschaft mit Anteilnahme aufmerken. Die Absicht verdient jede mögliche Unterstützung. Aber die Regel hat hier auch hier befristet: Was in die Hände der Parteien gerät, verwanzelt sich unter ihren Händen in Fäulnis. Bei der Durchführung des Plans wurde die Parteipolitik vorangestellt; Wissenschaft und Lehrerbildung stehen in ihr Joch gespannt werden. Die Zweideutigkeit und Konfusion im Begriff „Pädagogik“ hat hier durch Willkür einer grundsätzlichen und durchgehenden Veranweisung von Wissenschaft und Kultur die Tore geöffnet, die für Wissenschaft, Unwissenschaft und Lehrerbildung gleich verhängnisvoll werden muß.

Greil, der sozialistische Thüringer Kulturdiktator, hat unter Verletzung des Vorschlagsrechtes der Universität aus eigener Willkür in Jena eine Anzahl von Ernennungen vollzogen, in der überwiegenden Mehrzahl nach sozialistischer Parteianalyse, in der Mehrzahl ebenso erzielte Mittelmäßigkeiten, wie es unter den vorliegenden Umständen wohl gar nicht anders sein konnte. Greil hat sich mit diesen Ernennungen eine pseudowissenschaftliche rote Leibgarde geschaffen, die seiner Schatzkammer eine pseudowissenschaftliche Beistandsgarde geben soll — echt marxistisch übrigens! — zugleich einen Sprengtrupp für die Fakultät. Alles andere, auch die Lehrerbildung, scheint nur Mittel zu diesem Zweck zu sein, und sie wird dabei naturgemäß ebenso zu kurz kommen wie die Wissenschaft selbst. Die deutsche Lehrerschaft wird diese Gefahr rechtzeitig begreifen müssen, damit nicht die unausbleiblichen Folgen ihr zur Last fallen. Schon heißt es an anderen Universitäten: Wir werden uns die jener Studenten der Pädagogik sehr genau ansehen müssen!

Wenn sollen zwar unter den Berufenen mehrere Autoritäten von „internationalen Ruf“ vorhanden sein, wie Professor Peters im „Berliner Tageblatt“ erzählt. Ich will den Anspruch weder messen noch wägen. Er ist faktisch genug für die Maßstäbe der Berufung, die für die gänzliche Konfusion der Begriffe. Sicher ist, daß Autoritäten auf dem Gebiet der reinen Erziehungswissenschaft nicht darunter sind, und darauf läßt es doch für die Universität an. Wenn Streder und seine Kollegen durch die Propaganda des internationalen Pazifismus oder irgend einer Schulreformrichtung sich in entsprechenden Kreisen einen Namen gemacht haben, so hat das mit Erziehungswissenschaft noch schlechterdings nichts zu tun. Das dürfte man auch im weimarer Volksbildungsministerium begreifen können.

Das Schlimmste aber ist die Besetzung des ordentlichen Lehrstuhls für theoretische Pädagogik mit einer Frau, deren Leistungen in der theoretischen Pädagogik erst noch nachzuweisen wären. Man will in Weimar offenbar unter allen Umständen „modern“ sein im Sinne eines längst abgestandenen Parteiprogramms, und die Lehrerbildung soll dafür die Kosten zahlen. Vielleicht aber verleiht die Thüringer Regierung den hier ausgetretenen Kandidaten der Pädagogik das auszeichnende Recht, einen roten akademischen Unterrock tragen zu dürfen.

Herr Greil blüht ja auch sonst schon auf erhebliche Leistungen zurück. Deren eine war die Kastration des Thüringer Schullehrerbuchs mit seiner Kulturschere. Was darin Gott oder Christkind oder Vaterland hieß, verfiel dem roten Nudertum. So Eigenborffs „Wem Gott will rechte Kunst erweisen“; so „Aeb' immer Treu und Redlichkeit“; so das Deutschlandlied.

Herr Greil dekretiert das Ende der deutschen Klassik und des Humanismus. Goethe, Schiller, Fichte und die andern, die Weimar und Jena einst berühmt gemacht haben, sind seiner Fortschrittlichkeit langweilig geworden. Er wird aus seiner Parteiliche dafür Ersatz liefern. Aber aus welchem nachhaften Stoff? Vorerst sind alda die Geister noch magerer als des Pharao Stöße der zweiten Serie. Die Schere wird auf die Dauer allein doch nicht genügen zum Aufbau einer Kultur.

Das ist sozialdemokratische Kulturarbeit. Wenn man nur mit gutem Gewissen sagen dürfte, daß es anderswärts besser sei! Man baut da zwar nicht gerade im selben Maße ab, baut aber auch nicht auf. In manchen mauerländlichen Mittel- und Kleinstaaten führen die Herren Unterrichtsminister ein recht beschauliches Dasein. Sie sind da, um da zu sein, und dieses Dasein gelegentlich durch eine dekorative Rede zu verschönen, sonst aber ebenso überflüssig zu sein, wie meiland die Hoftheaterintendanten. Aber sie reden gern von deutscher Zukunft, die offensichtlich ohne ihre Mitwirkung kommen muß, wenn sie überhaupt kommen soll.

### Hochschule für Nationale Politik.

Wochenplan vom 28. November bis 1. Dezember 1928  
 Montag: Vortr. Dr. Ritter: Bedeutung der Religion für das politische und nationalstaatliche Leben (5-7).  
 Dienstag: Dr. M. S. Boehm: Die Grenzdeutsche Frage (5-7).  
 Mittwoch: Professor Dr. H. H. Schöck: Geschichte der großen Politik im Zeitalter Bismarcks 1870-90 (5-7).  
 Donnerstag: Dr. E. Schotte: Kolloquium über aktuelle Fragen der Außenpolitik (5-6); Der Weltmissionsgedanke der modernen Staatspolitik (6-7).

### Juni-Klub Berlin.

Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr.

### Informationsabend.

Im Ausweis gelten: Mitgliedskarten des Juni-Klubs, der Gesellschaft der Freunde des Geistes, Gastkarten. — Ausgabe vor Beginn des Abends.

Soeben erschien und kommt zum Versand:

# Moeller van den Bruck

## Das dritte Reich

Aus dem Inhalt:

Revolutionär: Bismarck, Wilhelminismus, Wilhelm II., Marx, Kropotkin und Wirklichkeit. Materialistische Geschichtsauffassung. Das Uebervölkerungsproblem. Stellung zum Imperialismus. Die Evidenz. Der deutsche Sozialismus. — Liberal: Der Friede von Versailles, Freimaurerei, Wilson, Merkum, Mittelalter, Frankreich, England, Stahl, Deutscher Liberalismus, Erziehung und Freiheit, Wehr von Aufklärung. — Demokratisch: Das Verlangen zur Republik. Die Nationaler, Arbeiterpartei und Selbstverwaltung. Parlamentarismus. Der Etablierte. Enttäuschung durch Revolution. Ausblick — Proletariat: Links und rechts. Rückblick auf die Revolution. Die Massen. Die sozialistischen Parteien. Proletarische Politik. Die sozialdemokratische Republik. Der Klassenkampfgedanke. Engels. Der Reichwert. Die sozialistische Internationale und national. Forderung der Weltrevolution. Wandlung im Kommunismus. — Reaktionär: Die konservativen Erben. Das reaktionäre Merkmal. Die konservativen Wiederankämpfung. Konservativ: Verunst und Verstand. Weibliche Verunstaltung. Der Staat von 1914. Die Lehre von 1918. Monarchie und Republik. Der Kaisergedanke. Die Konstantin. Das Ziel. Zwischen den Weltkriegen. — Das dritte Reich: Parlamentarismus u. Nationalismus, Thron u. Altar. Die deutschen Gegensätze. Das Ende.

Grundpreis 5.— Mark. Bestellungen nimmt entgegen der Ring-Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 171.

Verlag Schriftleitung: Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 171. Für den Inhalt verantwortlich: Hanns J. Krosch, Berlin. Druck: Karl Michaelis, Josten-Berlin. Das „Wissen“ erscheint wöchentlich, Sonnabends, mit Taganote vom nächsten Montag. — Bezug: Im Inland: Durch die Post für den Monat Dezember 80 Goldmarkige. Mitteilungen an die „Gesellschaft der Freunde des Geistes“ erbiten wir uns unter der Anschrift „An den Ring-Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 171“.